



Regierungsprogramm der SPD Baden-Württemberg

2011–2016



**Regierungsprogramm
der SPD Baden-Württemberg**

2011–2016

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

bei den Landtagswahlen am 27. März entscheiden Sie, welchen Weg Baden-Württemberg in Zukunft gehen wird. Als Spitzenkandidat der SPD Baden-Württemberg möchte ich Ministerpräsident werden und mit Ihnen gemeinsam einen neuen Politikstil verwirklichen. Denn unser Land braucht einen Neuanfang, ohne Filz und ohne Klientelpolitik, mit einer Regierung, die den Menschen zuhört und nicht über ihre Köpfe hinweg regiert, sondern Brücken baut. Wir wollen mit unserer Politik neues Vertrauen schaffen. Deshalb sagen wir heute, was wir

in der Regierung tun werden. Und deshalb werden wir in der Regierung tun, was wir heute sagen. Unsere Ziele, Ideen und Vorstellungen für ein gerechtes und modernes Baden-Württemberg finden Sie hier in unserem Regierungsprogramm. Wie modernes Regieren aussehen kann, haben wir bei der Erarbeitung dieses Programms gezeigt. Auf über 100 Veranstaltungen im ganzen Land hat die SPD Baden-Württemberg ihr Regierungsprogramm für die kommenden fünf Jahre im echten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, Organisationen,



Ein modernes Land braucht einen modernen Ministerpräsidenten: Nils Schmid.

Firmen und Verbänden im Land gestaltet. Denn wir sind überzeugt: Unser Land braucht einen echten politischen Wechsel. Unser Programm zeigt auf allen zentralen Politikfeldern klare Alternativen zur Politik von Schwarz-Gelb auf. Wir setzen auf Dialog statt Alleinherrschaft, beste Bildung für alle statt Bildung nur für Reiche. Bürgerversicherung statt Kopfpauschale. So wollen wir den Fortschritt wieder nach Baden-Württemberg bringen. Und wir werden dafür sorgen, dass alle Menschen an diesem Fortschritt teilhaben können.

Überzeugen Sie sich selbst. Ich wünsche Ihnen eine anregende und informative Lektüre und freue mich auf den Dialog mit Ihnen.

Herzliche Grüße,
Ihr



Dr. Nils Schmid
Vorsitzender und Spitzenkandidat
der SPD Baden-Württemberg

Regierungsprogramm der SPD Baden-Württemberg 2011–2016

I. Ein neuer Anfang für Baden-Württemberg – Die Zeit des Wechsels ist gekommen	8
1. Unser Programm – Von den Menschen für die Menschen	8
2. Die Eckpunkte einer neuen Politik für Baden-Württemberg	9
II. Für ein kluges Baden-Württemberg – Beste Bildung für alle	14
1. Auf den Anfang kommt es an	14
2. Länger gemeinsam lernen	16
3. Schule zum sozialen Lernort machen	18
4. Berufliche Basisqualifikation für alle	22
5. Studiengebühren abschaffen – Hochschulen demokratisieren	24
6. Lebenslanges Lernen möglich machen	30
III. Für ein gerechtes Baden-Württemberg – Arbeit von der man gut leben kann	34
1. Guter Lohn für Gute Arbeit	35
2. Prekäre Beschäftigung zurückdrängen	36
3. Mitbestimmung stärken	37
4. Einen echten sozialen Arbeitsmarkt verwirklichen	38
5. Unser Ziel bleibt die Vollbeschäftigung	38
IV. Für ein soziales Baden-Württemberg – Solidarität statt Spaltung	42
1. Gesundheit darf kein Luxus sein – Bürgerversicherung statt Kopfpauschale	42
2. Eine neue Politik für Familien	48
3. Gemeinsamkeit in Vielfalt	50
4. Gleichstellung verwirklichen	53
5. Erfahrung schafft Zukunft – Teilhabe älterer Menschen ermöglichen	55
6. Gleiche Chancen durch Inklusion	56
7. Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	57

V. Für ein dynamisches und nachhaltiges Baden-Württemberg – Ökologisches Wachstum und Innovation	60	VII. Für ein sicheres Baden-Württemberg – Sicherheit und Freiheit schützen	98
1. Neue Dynamik für Baden-Württemberg	61	1. Sicherheit schaffen, Personalabbau stoppen	98
2. Die Industrie bleibt das Herz unserer Wirtschaft	62	2. Sicherheit bleibt öffentliche Aufgabe	100
3. Mit erneuerbaren Energien Jobs schaffen – Atomkraftwerke abschalten	62	3. Die Lehren von Winnenden und Wendlingen	100
4. Neue Mobilität fördern	68	4. Feuerwehren unterstützen	100
5. Schienenverkehr stärken, Radwege ausbauen, Straßen verbessern	69	5. Daten schützen, Menschen stärken	101
6. Handwerk und Mittelstand stärken – Politik für die solidarische Mitte	73	6. Sicher im Netz	102
7. Impulse für die Wirtschaft – Für eine neue Kultur der Selbstständigkeit	74	7. Gemeinsam gegen Rechts	102
8. Bezahlbaren Wohnraum fördern, Stadtzentren stärken, Flächen schützen	76	VIII. Für ein spannendes Baden-Württemberg – Wettoffen und kreativ in die Zukunft	106
9. Verbraucherschutz stärken	77	1. Wir sind der Motor für die Kulturkonzeption 2020	106
10. Den ländlichen Raum stärken	80	2. Wettoffen im Herzen Europas	107
11. Für eine ökologische Landwirtschaft ohne Gentechnik	80	3. Wettoffen heißt: Global denken, regional handeln	109
12. Den Naturschutz stärken – biologische Vielfalt erhalten	82	4. Sport als Teil unserer Alltagskultur stärken	110
13. Tourismus für die Menschen	83	IX. Für ein demokratisches Baden-Württemberg – Das modernste Land braucht die modernste Demokratie	114
VI. Für ein starkes Baden-Württemberg – Durch einen handlungsfähigen Staat zu mehr Gerechtigkeit	86	1. Im Dialog regieren	114
1. Konsolidieren und Investieren	86	2. Mehr direkte Demokratie wagen	115
2. Steuergerechtigkeit verwirklichen	87	3. Stuttgart 21 – Die Menschen sollen entscheiden	117
3. Steuerkriminalität bekämpfen	89	4. Politik gemeinsam gestalten	118
4. Mutig umschichten – in die Zukunft investieren	90	5. Digitale Teilhabe und Selbstbestimmung sichern	119
5. Unsere Kommunen stärken	92	6. Jugendschutz im Internet	120
6. Stärkung des kommunalpolitischen Ehrenamts	94	7. Medienpolitik für die Demokratie	121
7. Keine Privatisierung der Daseinsvorsorge	95	Aufruf: Ein neuer Politikstil für Baden-Württemberg	122
8. Länderfinanzausgleich neu gestalten	95		

I. Ein neuer Anfang für Baden-Württemberg – Die Zeit des Wechsels ist gekommen

1. Unser Programm – Von den Menschen für die Menschen

Wir meinen es ernst. Unser Land braucht neue politische Inhalte, vor allem braucht es jedoch einen neuen politischen Stil. Die Zeit, in der die Landesregierung politische Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen hat, endet am 27. März 2011. Wie modernes Regieren für das modernste Land aussehen kann, haben wir bei der Erarbeitung dieses Programms gezeigt.

Die SPD Baden-Württemberg hat ihr Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2011 im echten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, Organisationen, Firmen und Verbänden im Land gestaltet. Es ging uns auf der 100-Dialoge-Tour darum, ins Gespräch zu kommen und unsere Vorstellungen darzustellen. Vor allem aber wollten wir zuhören. Auf über 100 Veranstaltungen im ganzen Land haben die Menschen eindrucksvoll bewiesen: Unser Land ist viel weiter als Ministerpräsident Mappus und seine Regierung denken. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wollen eine Regierung, die unsere Gesellschaft wieder zusammenführt. Sie wünschen sich einen Ministerpräsidenten, der sie ernst nimmt und ihnen zuhört. Ihre Wünsche, ihre Sorgen und ihre Ideen sind eine wichtige Quelle, aus der sich unser Regierungsprogramm für die kommenden fünf Jahre speist. Mit ihnen gemeinsam, und mit Nils Schmid als neuem Ministerpräsidenten, wollen wir es verwirklichen.

2. Die Eckpunkte einer neuen Politik für Baden-Württemberg

Wir wollen mehr Demokratie machen: Die Menschen in Baden-Württemberg wollen sich unmittelbar und konkret politisch äußern und betätigen. Wir haben Vertrauen zu den Menschen und werden mehr demokratische Beteiligung ermöglichen, um unsere repräsentative Demokratie zu bereichern. Deshalb werden wir die Hürden für Volksbegehren und Volksabstimmungen senken. Die heutigen Regelungen ersticken jedes Engagement und jede Lust auf politisches Mitgestalten. Wir treten dafür ein, dass Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen in Zukunft ganz selbstverständlich zur demokratischen Kultur in Baden-Württemberg gehören.

Wir wollen Gemeinsamkeit in Vielfalt verwirklichen: Ein Viertel der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger haben einen Migrationshintergrund. Sie bereichern unser Land. Fremdenfeindlichkeit zerstört diese Vielfalt. Wir verstehen Vielfalt als Chance und wollen sie gemeinsam nutzen. Mit Sprachförderung für Kinder und Eltern wollen wir Integration erleichtern. Voraussetzung hierfür ist, dass jedes Kind den Kindergarten besucht. Wir wollen die Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen des öffentlichen Lebens besser integrieren, in unseren Vereinen und Verbänden, im öffentlichen Dienst und in unseren Parlamenten. Daran werden wir arbeiten.

Wir wollen die beste Bildung für alle: Kein Kind darf zurückbleiben. Wir werden den skandalösen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen in Baden-Württemberg aufbrechen und das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule für alle Menschen verwirklichen. Aufstieg durch Bildung wird in unserem Land wieder möglich sein.

Wir wollen ein soziales Baden-Württemberg: Die Familien brauchen Unterstützung, denn die Kinder sind unsere Zukunft. Wir wollen die sozialen Fliehkräfte in unserer Gesellschaft stoppen, die Gleichstellung von Mann und Frau verwirklichen und den sozialen Zusammenhalt in Baden-Württemberg auf eine neue Grundlage stellen.

Wir wollen ein solidarisches Gesundheitswesen: Bestmögliche medizinische Versorgung ist für alle da. Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik schafft die Solidarität ab und macht den Zugang zu Gesundheitsversorgung abhängig vom Geldbeutel. Am 27. März 2011 stehen auch Kopfpauschale, Vorkasse und Zuzahlungen zur Abwahl an.

Wir wollen Gute Arbeit schaffen: Gute Arbeit für alle – sichere Arbeitsplätze, von denen die Menschen auch gut leben, sind unser Ziel. Die Mitbestimmung in der Arbeitswelt ist dabei eine der Grundlagen unseres wirtschaftlichen Erfolges. Innovative Unternehmen und ihre qualifizierten und motivierten Belegschaften sind die größte Stärke unserer Wirtschaft. Sie wollen wir im globalen Wettbewerb stärken und schützen.

Wir wollen eine nachhaltige Wirtschaft: Unser Ziel ist ein Neustart der sozialen Marktwirtschaft in Baden-Württemberg, mit ökonomischer Vernunft, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. Deshalb wollen wir die Atomkraft stoppen und setzen auf die erneuerbaren Energien. Das „Autoland“ Baden-Württemberg werden wir zum „Mobilitätsland“ weiterentwickeln.

Wir wollen Sicherheit und Freiheit schützen: Die Menschen in Baden-Württemberg können ihre Freiheit nur nutzen, wenn sie sich sicher fühlen. Wir werden mit den Mitteln des Rechtsstaates für Sicherheit in Baden-Württemberg sorgen. Den Personalabbau bei der Polizei werden wir stoppen und die Polizeipräsenz in der Fläche verbessern.

Wir wollen einen handlungsfähigen Staat: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Wir werden die Gestaltung unseres Landes nicht dem Markt überlassen. Um seiner Verantwortung gegenüber den Bürgern gerecht zu werden, braucht der Staat ausreichende Mittel. Dabei müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Wir sind uns mit den Menschen im Land einig, dass es keinen Spielraum für Steuersenkungen, Steuergeschenke für Reiche und Klientelpolitik geben darf. Im Interesse der zukünftigen Generationen werden wir die Verschuldung der öffentlichen Haushalte senken und zugleich mehr in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren

Wir wollen Gleichstellung verwirklichen: Chancengleichheit bedeutet gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Gesellschaft, Familie und Beruf. Durch den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsbetreuung, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und Arbeitsmarktprogramme für Wiedereinsteigerinnen schaffen wir die Voraussetzungen dafür.

Wir wollen kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen: Die gemeinschaftsbildenden Möglichkeiten von Kunst und Kultur sollen von allen genutzt werden können, die Zugang dazu suchen. Gleichzeitig müssen Kunst und Kultur, besonders auch die freie Kulturszene, verlässlich gefördert werden. Wir setzen einen deutlichen Schwerpunkt in der kulturellen Bildung, die Kindern und Jugendlichen Schlüsselqualifikationen für ein selbstbestimmtes Leben eröffnet.

„Wie geht GUTE SCHULE?“



Für Schulen, die nicht mehr aussortieren.
In denen Kinder individuell gefördert werden.
Und länger gemeinsam lernen – vor Ort.

www.WarumSPD.de/Schule



II. Für ein kluges Baden-Württemberg – Beste Bildung für alle

Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. Bildung ist der Schlüssel zu einer freien, selbstverantworteten Lebensgestaltung, zur Sicherung der materiellen Existenz aus eigener Kraft und zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Aufstieg durch Bildung und Leistung – das ist unser Versprechen. Dieses Versprechen werden wir erneuern und halten, denn über die Chancen eines Kindes darf nicht der Geldbeutel der Eltern entscheiden. Das gilt auch für die kulturelle Bildung, die Schlüsselqualifikationen für ein selbstbestimmtes Leben vermittelt. Zu lange schon beginnt die soziale Spaltung in unserem Land bereits im Kindesalter. Diese wollen wir überwinden und das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule verwirklichen.

Die durch den Geburtenrückgang frei werdenden Mittel und Ressourcen verbleiben im Bildungssystem und werden bei der Verbesserung der Bildung eingesetzt.

1. Auf den Anfang kommt es an

Bildung entscheidet immer stärker über Lebens- und Berufschancen. Deswegen müssen alle die gleichen Chancen haben, an Bildung teilzuhaben – von Anfang an und unabhängig von der sozialen Herkunft. Daher werden wir die Kommunen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr unterstützen und die Betreuungs- und Bildungsangebote für Null- bis Dreijährige bedarfsgerecht ausbauen. Dabei werden wir die Kommunen nach dem Konnexitätsprinzip (Wer bestellt, bezahlt) unterstützen. Wir werden Schritt für Schritt bis 2016 die beitragsfreien Kindergärten einführen. Wir fordern eine komplett kostenlose Betreuung in der Krippe und im Kindergarten, bei gleichzeitiger Kindergartenpflicht

von der Vollendung des dritten Lebensjahres bis zum Schuleintritt. Dies zu gewährleisten ist Aufgabe des Landes, das den Kommunen die entstehenden Einnahmeausfälle gänzlich erstatten muss.

Wir werden den Orientierungsplan für die Kindertageseinrichtungen verbindlich machen. Bislang hängt die Qualität der Bildung im Kindergarten weiterhin davon ab, was sich Träger und Eltern leisten können. Damit ist immer noch nicht sichergestellt, dass alle Kinder im Land dieselbe Chance auf einen guten Einstieg in das Bildungssystem haben. Wir werden deshalb eine breit angelegte Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen starten und auch die Sprachförderung von Beginn an verwirklichen. In den Einrichtungen muss dabei ein Spagat zwischen optimaler Förderung und maximalem Freiraum für die kindliche Entwicklung, zwischen Qualitätsentwicklung und der Zeit der Erzieherinnen und Erzieher für das einzelne Kind geleistet werden. Dazu kommt die Einbeziehung der Eltern in die Erziehungspartnerschaft sowie zumindest die Vermittlung von Erziehungsberatung, Eltern- und Familienbildung. Die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten verdienen für die Bewältigung dieser Vielfalt an wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben unsere höchste Anerkennung. Deshalb werden wir die Erzieherinnen und Erzieher hinsichtlich ihrer Entlohnung besser eingruppieren. Weitergehend werden wir den Anteil an männlichen Erziehern erhöhen. Das Ziel ist, die Personalausstattung mit Fachkräften zu verbessern und diese höher zu qualifizieren. In einem Stufenplan soll die Fachkraft-Kind-Relation bei den Drei- bis Sechsjährigen auf einen Mindeststandard von 1:12 angehoben werden. Auch dabei werden wir die Kommunen nach dem Konnexitätsprinzip unterstützen.

Die flexible Betreuung von Kindern wird für Eltern immer wichtiger. Wir unterstützen die Forderung, das Timesharing-Modell, in dem sich mehrere Kinder einen Betreuungsplatz teilen, vermehrt in Baden-

Württemberg anzuwenden. Um zusätzliche Belastungen der Erzieherinnen und Erzieher zu vermeiden, müssen flexible Betreuungsangebote mit organisatorischer und ggf. personeller Unterstützung der Fachkräfte in den Einrichtungen einhergehen. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu Lasten der Erzieherinnen und Erzieher lehnen wir ab.

Nur wer kinder- und familienpolitische Infrastruktur ganzheitlich versteht, kann Kinder und Familien erfolgreich fördern und beraten. Wir werden die Hochschulen im Land für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern öffnen. So werden wir die Kindertagesstätten schrittweise zu pädagogischen Zentren für frühkindliche Förderung und Beratung, Eltern- und Familienbildung weiterentwickeln.

Wir wollen eine stärkere Verzahnung zwischen Kindergarten und Grundschule. Der Übergang soll für die Kinder fließender gestaltet werden. Somit entsteht die Möglichkeit, pädagogische Konzepte langfristig anzusetzen und Kinder durch Bildungspläne Individuell zu fördern. Für uns ist es selbstverständlich, dass auch Kinder mit Beeinträchtigung an frühkindlicher Betreuung teilhaben. Inklusive Kinderbetreuungseinrichtungen müssen daher zur Regel werden und dürfen nicht Ausnahme sein.

2. Länger gemeinsam lernen

Der Zusammenhang von gegliedertem Schulsystem und sozialer Ungerechtigkeit ist lange bekannt und durch internationale Studien bestätigt. Wir stehen für eine Politik, die fördert und integriert und allen Kindern und Jugendlichen bessere Bildungschancen bietet.

Es ist mittlerweile internationaler Konsens: Je länger Kinder in einer Klasse gemeinsam lernen, desto mehr nutzt das allen, den Leistungsschwächeren wie den -stärkeren.

Wir werden die 10-jährige Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg schrittweise einführen. Dort werden alle Schülerinnen und Schüler bis Klasse 10 gemeinsam unterrichtet und individuell gefördert. Daran schließt sich eine gymnasiale Oberstufe an, die zum Abitur führt.

Den Weg zur 10-jährigen Schule wollen wir gemeinsam gehen, im Dialog mit allen Beteiligten vor Ort, denn wir haben den Menschen im Land zugehört. Sie wissen genau, dass bessere Schulen vor allem durch mehr Eigenständigkeit entstehen. Schulstrukturreformen sind kein Selbstzweck, sie haben eine der Entwicklung der Kinder dienende Funktion. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, innovative Schulkonzepte umzusetzen, die zur Situation vor Ort passen; beispielsweise in der Übergangszeit die Option, an Hauptschulstandorten auch den Realschulabschluss anzubieten. So wollen wir erreichen, dass bis 2016 an jeder Hauptschule auch der Realschulabschluss angeboten wird.

Wir sind uns mit den Menschen im Land einig: Die Grundschulempfehlung ist unzeitgemäß und soll abgeschafft werden. Die Eltern sollen nach ausführlicher pädagogischer Beratung selbst entscheiden dürfen, welche weiterführende Schule ihr Kind besuchen wird.

Das krampfhaftes Festhalten der Landesregierung am dreigliedrigen Schulsystem führt auch zum Aus für hunderte von Schulstandorten, insbesondere im ländlichen Raum. Diese Entwicklung wird durch die Umwandlung der Hauptschulen in mindestens zweizügige Werkrealschulen sogar noch beschleunigt. Das Ergebnis ist bitter: CDU und

FDP lassen den ländlichen Raum veröden. Wir garantieren hingegen, dass in jeder Gemeinde oder jedem Gemeindeverband über 5 000 Einwohnern eine weiterführende Schule erhalten bleibt. Damit lassen wir die Schule „im Dorf“ und sichern ein hochwertiges, wohnortnahes Bildungsangebot im ganzen Land. Für bessere Bildungschancen für alle.

3. Schule zum sozialen Lernort machen

Ganztagsschulen sind Lern- und Lebensorte, ohne starren 45-Minuten-Takt, dafür mit vielfältigen ergänzenden Bildungs- und Freizeitangeboten. Wir werden deshalb die Ganztagsschule als Schulform gesetzlich verankern, flächendeckend anbieten und die notwendigen pädagogischen Fachkräfte zur Verfügung stellen. Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen, damit Schulen individuelle Modelle passgenau für den Standort entwickeln können. Wir werden das Zahlenverhältnis von Lehrkräften zu Schülerinnen und Schülern so verbessern, dass individuelle Förderung und flexible Unterrichtsorganisation möglich sind.

Schülerinnen und Schüler müssen eine wichtigere Rolle bei der Mitgestaltung des Schulalltags spielen, was nicht zuletzt entscheidend für ihre demokratische Erziehung ist. Deshalb fordern wir Aufwertung der Schulkonferenz durch eine Drittelparität (1/3 Schülerinnen und Schüler, 1/3 Lehrkräfte, 1/3 Eltern). Soweit jedoch höchstpersönliche Angelegenheiten einzelner Schülerinnen und Schüler Gegenstand einer Gesamtlehrendenkonferenz sind, muss diese weiterhin nicht öffentlich tagen. Im Zweifelsfall müssen die Interessen der Schülerinnen und Schüler über denen der Eltern stehen.

Für uns wird die Beratung und Unterstützung der Schüler durch ausgebildete Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an allen Schultypen

fester Bestandteil schulischen Lebens sein. Wir begreifen Schulsozialarbeit als Landesaufgabe und werden sie anteilig finanzieren.

Moderne Bildungspolitik findet heute verstärkt auf der dezentralen Ebene der Kommune statt. Hierfür bedarf es der Förderung des Auf- und Ausbaus sogenannter kommunaler „Unterstützungssysteme Schule“. Durch eine Stärkung des kommunalen Bildungsangebotes machen wir Baden-Württemberg nicht nur zu einem leistungsfähigen, sondern auch durchlässigen und sozial gerechten Schulstandort. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich bisher geweigert, die Kommunen in ihren Bildungsanstrengungen zu unterstützen. Deshalb wird die SPD zur Förderung des Ausbaus und zum Erhalt der baden-württembergischen „Unterstützungssysteme Schule“ die kommunale Bildungspolitik auf Landesebene durch die Bereitstellung von „Poolstunden“ fördern. Vorbild hierfür ist das Mannheimer Unterstützungssystem Schule (MAUS), das ausgewählten Projektschulen zusätzliche Unterrichtsstunden (sog. Poolstunden) durch städtische Bildungseinrichtungen, wie die Volkshochschule, zur freien Verfügung gestellt hat.

Die Bildung von Kindern und Jugendlichen an „sozialen Brennpunktschulen“ erfordert unsere besondere Anstrengung. Es bedarf individueller Bildungskonzepte mit überdurchschnittlichem Ressourcenaufwand. Hierfür werden wir ein Landesprogramm auflegen.

Wir werden den drastischen Unterrichtsausfall in Baden-Württemberg nicht länger hinnehmen. Im Schuljahr 2009/10 fielen über 1,6 Mio. Unterrichtsstunden in den allgemein bildenden Schulen aus. Auch an den beruflichen Schulen fallen bis zu 12 Prozent des Unterrichts aus. Das werden wir ändern. Wir werden zusätzliche Lehrkräfte einstellen, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Die Zahl der Vertretungen bei krankheitsbedingten Unterrichtsausfällen soll um ein Drittel

erhöht werden. Außerdem sollen die dafür notwendigen Lehrkräfte unbefristet eingestellt werden.

Die Art und Weise, wie das achtjährige Gymnasium organisiert wurde, belastet Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in unverantwortlicher Weise. Das achtjährige Gymnasium funktioniert nur als Ganztagschule mit zusätzlichen Ressourcen. Wir werden innerhalb des achtjährigen Gymnasiums (G8) den Schulen die Möglichkeit geben, einen parallelen G9-Zug einzurichten – mit Wahlfreiheit für die Eltern, welche Variante für ihr Kind die beste ist. Die Bildungsinhalte im G8 in der Unter- und Mittelstufe sollen wieder so entzerrt und verteilt werden, dass das Niveau der mittleren Reife, wie in anderen Bundesländern mit G8 auch, erst am Ende der 10. Klasse erreicht wird. Zeitdruck und Fächerstress werden dadurch gesenkt, und die Durchlässigkeit der Realschule wird fast vollständig wieder hergestellt.

Eltern im ganzen Land ächzen unter der finanziellen Belastung, die ihnen aus dem Schulbesuch ihrer Kinder entstehen. Wir wollen sie entlasten und verteidigen entschieden den Verfassungsauftrag der Lernmittelfreiheit (Art. 4 Abs. 2 der Landesverfassung). Sie ist ein wichtiges Element der Chancengleichheit im Bildungswesen.

Wir sind uns über die wahre Belastung der Elternhäuser im Klaren: Pro Jahr geben Eltern in Deutschland 1,5 Milliarden Euro für Nachhilfe aus, Baden-Württemberg steht mit 131 Euro pro Elternhaus und Jahr an der Spitze. Wir sind der Überzeugung, dass eine Ganztagschule mit viel individueller Förderung und mit rhythmisierten Phasen der Übung und Vertiefung allen Schülerinnen und Schülern unabhängig vom Geldbeutel und Bildungshintergrund ihrer Eltern die besten Chancen bietet.

Zu einem ganzheitlichen Schulkonzept gehört auch ein für alle bezahlbares Mittagessen. Dabei soll der Eigenanteil auf 1 Euro begrenzt werden. Hierzu ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Land und Kommunen erforderlich.

Unsere Schulen sollen auch für Kinder mit Behinderungen offen sein. Wir wollen das Recht der Kinder auf ein inklusives Bildungssystem im Schulgesetz regeln. Eltern von Kindern mit Behinderungen haben dann ein echtes Wahlrecht und können entscheiden, auf welche Schule ihr Kind gehen soll.

Regelschullehrkräfte müssen für den Unterricht in heterogenen Gruppen und mit Menschen mit Behinderungen weitergebildet werden. Die Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften, Sonderpädagogen, Sozialarbeitern und Schulpsychologen erfolgt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Schulen im Sinne der örtlichen Schulkonzepte. Wir werden diese umfassenden Schulreformen mit den Lehrkräften gemeinsam meistern. Steigende Heterogenität, die Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion und neue Lehr- und Lernformen erfordern eine regelmäßige begleitende Fortbildung, die auf die Bedürfnisse der Lehrkräfte abgestimmt ist.

Kinder mit Migrationshintergrund müssen sich mit ihrer Kultur im Schulalltag wiederfinden können. Mehrsprachigkeit sehen wir als Stärke. Dies bedeutet, dass wir das Erlernen der deutschen Sprache fördern und Sprachen von Migrantinnen und Migranten bei Bedarf in Muttersprachens-Arbeitsgemeinschaften anbieten werden.

Ethikunterricht soll ab Klassenstufe 1 in den Lehrplan aufgenommen werden. Islamischer Religionsunterricht soll an deutschen Schulen von an deutschen Hochschulen ausgebildeten Religionslehrern erteilt werden.

Wir werden die Privatschulfinanzierung einvernehmlich mit den Verbänden der Schulen in freier Trägerschaft neu regeln und dabei die Landeszuschüsse für den laufenden Betrieb auf mindestens 80 Prozent nach dem Bruttokostenmodell erhöhen.

Zu lange wurde über die Köpfe der Menschen hinweg Bildungspolitik gemacht – diesen Politikstil schicken wir in die Opposition.

4. Berufliche Basisqualifikation für alle

Wir streben die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung an. Konkret bedeutet das: gleiche Ressourcenausstattung durch zusätzliche Lehrkräfte sowie die Möglichkeit zu Ganztagsangeboten für berufliche Schulen. Gleichzeitig wollen wir die beruflichen Schulen eigenständiger machen, damit sie sich auf Wunsch zu regionalen Berufsbildungszentren für die Aus-, Fort- und Weiterbildung entwickeln können. Das verbessert die berufliche Bildung in der Region und trägt dazu bei, den Standort nachhaltig zu sichern.

Wir wollen das duale System der Berufsausbildung erhalten, stärken und weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze schaffen, eine Umlage bezahlen, aus der sinnvolle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen finanziert und hinsichtlich ihrer Ausbildungsbilanz vorbildliche Unternehmen unterstützt werden. Die Absolventen der dualen Berufsausbildung sollen in Zukunft zur Kammerprüfung zugelassen werden.

Alle Jugendlichen haben ein Recht auf eine fundierte Berufsausbildung. Diesem Anspruch wird Baden-Württemberg heute nicht gerecht. Noch immer finden jedes Jahr tausende Jugendliche keine Ausbildungsstelle im dualen System und sind auf berufsvorbereitende Maßnahmen angewiesen. In einer späteren Ausbildung werden die dort erbrachten Leistungen jedoch so gut wie nie anerkannt – für die jungen Menschen sind sie nur Warteschleifen. Wir werden die Übergangssysteme (BVJ, VAB, BEJ) grundlegend reformieren.

Der direkte Einstieg insbesondere der Hauptschüler, Werkreal- und Realschüler in eine duale Ausbildung muss wieder zum Regelfall werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deutlich mehr tun, um neue Ausbildungsplätze zu schaffen und die Wirtschaft dazu zu bringen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Dabei stellt besonders der Schulabgängerjahrgang 2012 eine Herausforderung dar, weil der doppelte Abiturjahrgang in Baden-Württemberg neben Engpässen in den Hochschulen auch zu einem massiven Verdrängungswettbewerb auf dem Ausbildungsstellenmarkt führen wird. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass besonders im Herbst 2012 mehr Plätze an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs sowie allgemein mehr Ausbildungsplätze bereitstehen.

Wir wollen die duale Ausbildung grundsätzlich attraktiver machen. Hierfür gilt es Karrierewege nach der Erstausbildung aufzeigen, beispielsweise durch die Systematisierung von Zusatzqualifikationen und die Möglichkeit, neben der Ausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben.

Die Landesregierung hat jahrelang die hohe Zahl der Bewerber für die beruflichen Schularten ignoriert, insbesondere an den beruflichen

Gymnasien. Sie hat die Zahl der Eingangsklassen begrenzt und so tausenden von zugangsberechtigten Realschülern den Weg zur Hochschulreife versperrt. Auch für das laufende Schuljahr wurde jedem dritten Bewerber aus einer Realschule der Übergang an ein berufliches Gymnasium verweigert, obwohl alle formalen Zugangsvoraussetzungen erfüllt waren. Dadurch nimmt Schwarz-Gelb jungen Menschen Lebenschancen und verschärft den drohenden Fachkräftemangel, der allein in Baden-Württemberg auf 500 000 Personen bis 2030 beziffert wird. Das werden wir ändern. Eine SPD-geführte Landesregierung wird einen Rechtsanspruch auf Zugang zu einem beruflichen Gymnasium für alle Schülerinnen und Schüler schaffen, die die notwendigen Voraussetzungen erfüllen.

5. Studiengebühren abschaffen – Hochschulen demokratisieren

In unserer Landesverfassung steht der edle Satz: „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.“ Die Realität in Baden-Württemberg sieht anders aus. Wir werden diesen Verfassungsauftrag mit Leben füllen und Aufstieg durch Bildung für alle ermöglichen.

Das von Schwarz-Gelb eingeführte System der Studiengebühren ist sozial ungerecht und schreckt zu viele kluge Köpfe ohne dicken Geldbeutel vom Studium ab. Wir werden die Studiengebühren und Verwaltungskostenbeiträge ab dem Wintersemester 2011/2012 abschaffen. Den finanziellen Ausfall an den Hochschulen werden wir aus dem Landeshaushalt gegenfinanzieren. Wir stellen sicher, dass es zu keiner Einschränkung der Lehre kommt.

Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass berufliche Bildung faktisch als gleichwertiger Zugang zum Hochschulstudium anerkannt wird. Zusätzliche Hürden für Absolventinnen und Absolvent beruflicher Bildungsgänge, z. B. in Form von Eignungstests lehnen wir ab. Stattdessen werden wir Verfahren zur Anerkennung beruflich erworbener Kompetenzen, die Durchlässigkeit in beruflich nicht affine Fächer, den Ausbau von individueller Beratung und die Flexibilisierung der Studienorganisation (z. B. durch Teilzeitstudiengänge) fördern, um eine Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte zu realisieren.

Wir werden die Hochschulen im Land demokratischer machen. 1977 entzog die CDU unter Ministerpräsident Filbinger mit der gesetzlichen Auflösung der Verfassten Studierendenschaft den Studentinnen und Studenten die rechtliche und materielle Grundlage ihres Engagements. Wir werden die Entmündigung der Studierenden in Baden-Württemberg beenden und die Verfasste Studierendenschaft wieder einführen. Wir wollen eine Studierendenvertretung, die ihre Interessen in den Hochschulen unabhängig und autonom formulieren und sich in die Entscheidungsprozesse einbringen kann. Die Finanz- und Satzungsautonomie sowie die eigenständige Rechtskörperschaft werden zur Verwirklichung dieser Ziele in einem allgemeinpolitischen Kontext garantiert.

Der Bologna-Prozess muss reformiert werden. Die Studierenden in den Bachelor- und Masterstudiengängen brauchen endlich eine zuverlässige Perspektive. Die abstrakten Ziele des Bologna-Prozesses bleiben überwiegend richtig, doch in der Umsetzung durch die Landesregierung haben sich zahlreiche Probleme ergeben, unter denen die Studierenden in unserem Land Tag für Tag leiden: erschwerte Auslandssemester, Mehrkosten ohne Erstattung an die Hochschulhaushalte, kleinteiliges Stakkato-Lernen, Prüfungsmarathons, unnötige oder unnötig strenge

Regelungen in Studienordnungen, unflexible Studienstrukturen, das verwirrende Nebeneinander der Abschlüsse Diplom, Bachelor und Master und häufig unüberwindbare Zugangshindernisse für Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen in die Masterstudiengänge. Bei all diesen Problemen lässt die gegenwärtige Landesregierung unsere Hochschulen und Studierenden allein. Wir werden ihnen mit einer Finanzierung der Hochschulen beistehen, die den erhöhten Kosten angemessen ist und sie nicht auf Umwegen aus Studiengebühren befreit. Die leider oft sehr unflexible Studienstruktur benachteiligt vor allem diejenigen, die nicht in das Raster des männlichen, kinderlosen Vollzeitstudenten passen. Wir werden den offiziellen Arbeitsaufwand der Realität anpassen und flexiblere Bedingungen für die Studierenden schaffen. Alle Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen haben Anspruch auf Zulassung zu einem Masterstudiengang.

Der Grundgedanke der Bologna-Reform war die Schaffung eines vergleichbaren europäischen Hochschulraums. Dies wird durch häufiges Nichtanerkennen von Prüfungsleistungen an anderen Hochschulen, oftmals noch im selben Bundesland, konterkariert. Dieser Widerspruch bedarf einer schnellen Lösung. Die erworbenen Scheine, die erfolgreich abgelegten Prüfungen und die erreichten Abschlüsse der einzelnen Hochschulen müssen allgemein anerkannt werden. So fordern wir in der Frage der Gleichwertigkeit von Studienabschlüssen im Sinne des „Übereinkommens über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region“ die Umkehr der Beweislast zu Gunsten der Studierenden: Die Hochschulen müssen den Studierenden eine fehlende Qualifikation nachweisen. Die bisherige Praxis, Studierenden den Nachweis aufzubürden, dass eine erbrachte Leistung den Anforderungen der jeweiligen Hochschule gleichwertig ist, ist unsozial und verschlingt Ressourcen, die anderweitig einsetzbar sind. Die Realität zeigt, dass die Hürden, die einem bei der Anerken-

nung bereits erbrachter Studienleistungen in den Weg gelegt werden, oftmals nicht zu überwinden sind.

Bereits bei der Einführung des G8 war klar, dass es ein Jahr geben wird, in dem die doppelte Zahl an Abiturienten an die Hochschulen drängt und dass es dafür entsprechend vorbereitende Maßnahmen an den Hochschulen geben muss. Dennoch verzichteten die bisherigen Landesregierungen bewusst darauf, die soziale Infrastruktur entsprechend auszubauen – etwa mit zusätzlichen Wohnheimplätzen. Die vollständige Überlastung unserer Hochschulen ist für das Jahr 2012 unter diesen Voraussetzungen absehbar, die Landesregierung hat sie vorsätzlich riskiert und herbeigeführt. Wir werden mit einem „AdHocProgramm 2012“ dafür sorgen, dass die Studienanfänger des Jahres 2012 tatsächlich qualitativ und quantitativ ungeschmälerte Studienbedingungen haben. Dabei werden wir auch berücksichtigen, dass in Baden-Württemberg durch die Aussetzung der Wehrpflicht noch tausende zusätzliche Studienplätze notwendig werden.

Zu lange hat Schwarz-Gelb auch unsere Hochschulbauten vernachlässigt. Undichte Dächer, Rost und gravierende Sicherheitsmängel bezeugen dieses Versagen. Der Landesrechnungshof beziffert das Defizit auf fünf Milliarden Euro, für deren Abarbeitung die Landesregierung jährlich 200 Millionen bereitstellen will – das würde einen Zeitraum von 25 Jahren bedeuten, den gleichzeitig fortschreitenden zusätzlichen Sanierungsbedarf noch nicht einmal eingerechnet. Wir werden die Hochschulen, Universitätskliniken und ihre Bauten mit einem umfassenden und solide finanzierten Sanierungsprogramm so behandeln, wie es sich für die Kernsubstanz des Wissenschafts- und Kulturstandorts Baden-Württemberg gehört.

Wir wollen unser Land zum Lehr- und Forschungsstandort Nr. 1 in Europa machen und uns für ein sorgsam austariertes Gleichgewicht zwischen Forschung und Lehre einsetzen. Wir werden die Lehre als Grundpfeiler der Wissenschaft wieder angemessen wertschätzen; denn für uns gehen Forschung und Lehre Hand in Hand und geben einander wichtige Impulse in der täglichen wissenschaftlichen Arbeit. Die Studierenden brauchen nicht nur exzellente Forscherinnen und Forscher, sondern vielmehr Lehrende, die dieses Wissen auch vermitteln können. Wir setzen uns dafür ein, dass gute Lehre schrittweise guter Forschung gleichgestellt und entsprechend gewürdigt wird, etwa durch Fördermaßnahmen wie den Landeslehrpreis. Außerdem soll bei Berufungsverfahren die Fähigkeit zur kompetenten Wissensvermittlung mehr Beachtung finden. Damit honorieren wir das Engagement von Lehrenden für ihre Studierenden und setzen Anreize für gute Leistung.

Wir wollen Anziehungspunkt für die erfolgreichsten Forscherinnen und Forscher weltweit werden. Wir werden die Grundlagenforschung stärker fördern, denn sie legt heute die Basis für den ökonomischen Erfolg von morgen. Mit den Forschungshäusern für den Mittelstand werden wir zudem ein Konzept verwirklichen, das Wirtschaft und Wissenschaft zusammenführt. Wir wollen damit dazu beitragen, dass wissenschaftliche Ergebnisse mit Produktpotential schneller erkannt und zügig in die Entwicklung und in die Produktion gelangen. Die Forschung in Baden-Württemberg soll ausschließlich friedlichen Zwecken dienen.

Guter Lohn für Gute Arbeit muss auch an unseren Hochschulen gelten. Wissenschaft und Lehre gilt es als Beruf anzuerkennen. Die Hochschullehrendenlaufbahn muss über unterschiedliche Karrierewege erreichbar sein, die Habilitation ist dabei immer nur eine Möglichkeit. Eine andere ist z. B. ein „Tenure Track“, der den dauerhaften Verbleib in

Hochschule und Forschung ermöglicht – unabhängig davon, ob eine Berufung auf eine Professur erfolgt oder nicht. Voraussetzung dafür ist eine systematische Personalplanung und -entwicklung durch Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Wir werden uns an unseren Hochschulen für einen wirklichen Mittelbau mit sozialversicherungspflichtigen, unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen einsetzen. Dort, wo Lehrbeauftragte dauerhaft Lehr- und Prüfungsaufgaben wahrnehmen, müssen sie sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse erhalten. Nachwuchswissenschaftler und studentische Beschäftigte sind durch Einbeziehen in die Tarifverträge bzw. das Auflegen eines neuen Wissenschaftstarifvertrages abzusichern.

Unsere Uni-Kliniken sind keine Spekulationsobjekte. Wir machen Schluss mit allen Diskussionen über die Privatisierung der Universitätskliniken. Wir wollen, dass es zu keiner weiteren Verunsicherung des Personals und der Patienten kommt: 35 000 Beschäftigte und jährlich 700 000 Patienten an unseren Universitätskliniken haben ein Recht darauf, nicht zum Spielball von Spekulanten zu werden. Wir werden dafür sorgen, dass das Land seiner Investitionsverpflichtung für die Universitätskliniken nachkommt.

6. Lebenslanges Lernen möglich machen

Wir wollen lebenslanges Lernen für alle ermöglichen und Baden-Württemberg fit machen für die Zukunft. Dafür werden wir die allgemeine und berufliche Weiterbildung im Land stärken, um die Menschen auf ihrem Lebensweg zu unterstützen und den Fachkräftebedarf für die heimische Wirtschaft zu sichern. Konkret bedeutet das:

Die Volkshochschulen als kommunale Weiterbildungszentren leisten einen wertvollen Beitrag zur kommunalen Bildungslandschaft, der für lebenslanges und ganzheitliches Lernen unverzichtbar ist. Wir wollen vernetzte, niedrigschwellige und bezahlbare Bildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen schaffen. Dazu muss der schleichende Trend zur Privatisierung bei der öffentlich geförderten allgemeinen Weiterbildung gestoppt werden, indem die institutionelle Landesförderung schrittweise von 5,8 Prozent auf den Bundesdurchschnitt von 13,6 Prozent angehoben wird. Dabei muss Gute Arbeit auch im Weiterbildungsarbeitsmarkt verwirklicht werden. Die SPD setzt auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt auf den Einsatz von Honorarkräften ohne Kündigungsschutz, Anspruch auf Urlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wir werden uns für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns auch in der Weiterbildungsbranche einsetzen.

Die Bedeutung der politischen Bildung steigt ständig. Wir werden die politische Bildung an den Schulen ausbauen und die Landeszentrale für politische Bildung stärken. In der Schule müssen schon frühzeitig die Themen Demokratieerziehung, Rechtsextremismus und Gewaltprävention verpflichtend behandelt werden.

Wir werden die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung zu einem System mit Regelungen für Anerkennungen und Berechtigungen von Abschlüssen auf dem Weiterbildungsmarkt ausbauen. Die SPD setzt dabei auf ein modulares System, das sich sowohl am Berufsprinzip als auch an den Anforderungen der Hochschulen orientiert. So wird ein hohes Maß an Durchlässigkeit sichergestellt.

Die SPD wird in der Regierungsverantwortung eine flächendeckende, unabhängige und vom Land mitfinanzierte Bildungsberatung und Berufswegebegleitung für Erwachsene auf den Weg bringen und den Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub verwirklichen. Durch direkte Ansprache sollen so auch bislang nicht erreichte Zielgruppen für Weiterbildungsangebote interessiert werden.

„Geht es um GESUNDHEIT oder PROFIT?“



2011

Keine Privatisierung von Krankenhäusern.
Gute Versorgung statt 3-Klassen-Medizin.
Eine gerechte Bürgerversicherung für alle.

www.WarumSPD.de/Gesundheit



III. Für ein gerechtes Baden-Württemberg – Arbeit von der man gut leben kann

Wir wollen Gute Arbeit für alle; Arbeit, von der die Menschen gut leben können und die ihre Würde wahrt. Gute Arbeit ermöglicht Teilhabe, ist gerecht entlohnt, erhält Qualifikation und Gesundheit und sichert Männern und Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Die wirtschaftliche Dynamik im Land hat in den vergangenen 15 Jahren deutlich nachgelassen. Wenn Baden-Württemberg seine wirtschaftliche und technologische Spitzenstellung im Sinne eines hohen Lebensstandards halten will, dann bedarf es eines höheren Wachstums und deutlich mehr gut ausgebildeter Fachkräfte.

Die derzeitige wirtschaftliche Belebung ist ein sozialdemokratisches Kind. Doch gerade in Baden-Württemberg kommt dieser Aufschwung bei vielen nicht an. Über 40 Prozent der neu gemeldeten freien Stellen sind dem Bereich der Leiharbeit zuzuordnen. Die Arbeitslosigkeit bei den über 55-Jährigen und den Schwerbehinderten liegt deutlich über dem Vorjahresniveau. Und in keinem anderen Bundesland steigt die Zahl der bedürftigen Menschen so stark wie in Baden-Württemberg. Dagegen werden wir kämpfen und Baden-Württemberg zum Musterland „Guter Arbeit“ machen.

1. Guter Lohn für Gute Arbeit

Wir sind für Gewinne, sie sind aber kein Selbstzweck: Denn Eigentum verpflichtet. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen einen gerechten Anteil an den Früchten ihrer Arbeit haben. Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit auch menschenwürdig leben können.

Wir kämpfen für den flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn. Er ist das Fundament, um die Würde der Arbeit zu schützen. Es ist der Sozialdemokratischen Partei in Regierungsverantwortung gelungen, die Zahl der branchenbezogenen Mindestlöhne in Deutschland auszubauen. Deutschland braucht aber einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Das gilt erst recht, wenn ab dem 1. Mai 2011 vollständige Freizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt herrscht. Das darf nicht der Startschuss für einen Wettbewerb um Dumpinglöhne werden. Wir unterstützen die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.

Rund 70 Prozent der im Niedriglohnsektor Tätigen sind Frauen. Sie würden von der Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes besonders profitieren.

Wir finden uns nicht damit ab, dass Frauen für gleichwertige Arbeit immer noch deutlich weniger verdienen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Das ist unser Ziel.

Deshalb sollen Arbeitsmarktprogramme für Wiedereinsteigerinnen ohne zeitliche oder altersgemäße Beschränkung angeboten werden. Die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ müssen erhalten und weiter ausgebaut werden.

Die öffentliche Hand muss ein Zeichen setzen und mit gutem Beispiel voran gehen. Lohndumping darf nicht belohnt werden. Die Arbeitnehmer müssen vor Ausbeutung geschützt und die ehrbaren, fairen, sozial verantwortlichen Kaufleute unterstützt werden. Deshalb werden wir uns für ein Tariftreuegesetz einsetzen, demzufolge öffentliche Aufträge in Zukunft nur noch an faire Unternehmen gehen dürfen.

2. Prekäre Beschäftigung zurückdrängen

Wir werden den Missbrauch in der Leih- und Zeitarbeit stoppen. Was für das Auffangen von betrieblichen Auftragsspitzen und saisonalen Schwankungen gedacht war, wird von den Arbeitgebern heute oft missbraucht, um Löhne zu drücken und Belegschaften zu spalten. Wir wenden uns gegen eine Zweiklassengesellschaft im Betrieb. Wir wollen gleichen Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit durchsetzen: Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter müssen endlich den Beschäftigten des jeweiligen Entleihbetriebs gleichgestellt werden – von der Grundentlohnung über Leistungsprämien und Schichtzuschläge bis zu Betriebsrenten oder Weiterbildung. Sozialversicherungsrechtlich braucht es eine klare und durchsetzbare Definition, die Scheinselbstständigkeit von echter Selbstständigkeit und Freiberuflern abgrenzt.

Wir wollen, dass Leiharbeitsunternehmen ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhafter beschäftigen und ihnen damit mehr Sicherheit geben. Eine Kopplung von befristeter Anstellung bei der Zeitarbeitsfirma an die Verleihzeit im Entleihbetrieb lehnen wir ab.

Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst. Jedes Praktikum muss ein Lern- und kein Arbeitsverhältnis sein. Es darf kein reguläres Arbeitsverhältnis verdrängen oder ersetzen. Berufspraktika dürfen nicht

länger als willkürliche Verlängerung der Probezeit, zur Umgehung des Kündigungsschutzes und zum Lohndumping missbraucht werden. Wir fordern klare gesetzliche Regelungen bezüglich Bezahlung, Dauer und Ausgestaltung der Praktika. Praktika werden mit mindestens 8,50€/Std. vergütet, wenn keine tarifvertragliche Regelung ein höheres Entgelt vorsieht.

3. Mitbestimmung stärken

Die Mitbestimmung gehört zu den stolzen Traditionen unseres Landes. Das Erfolgsmodell Mitbestimmung als Teil der sozialen Marktwirtschaft hat die Kooperation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Unternehmen gefestigt und gehört unverändert zu den Grundlagen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolges Deutschlands. Wir werden die Mitbestimmung und Beteiligung in den Unternehmen über den Bund stärken und ausbauen. Wir werden die von der schwarz-gelben Landesregierung zu verantwortenden Verschlechterungen im Landespersonalvertretungsgesetz nicht nur zurücknehmen, sondern ein Personalvertretungsrecht schaffen, das tatsächlich Mitbestimmung gewährleistet und über das Bundespersonalvertretungsrecht hinausgeht. Freistellungen für die Arbeit der Personalräte werden analog zum BPersVG eingeführt. Für Nichtbeteiligung der Personalräte und Behinderung der Personalräte sind Ordnungswidrigkeitstatbestände einzuführen.

4. Einen echten sozialen Arbeitsmarkt verwirklichen

Wir ermöglichen den beruflichen und sozialen Aufstieg. Deshalb wollen wir auch denjenigen echte Perspektiven eröffnen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Baden-Württemberg braucht einen echten sozialen Arbeitsmarkt, der Langzeitarbeitssuchenden Teilhabe am Erwerbsleben zu fairen Bedingungen eröffnet. Hierzu werden wir sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte Arbeit im öffentlichen Sektor schaffen. Örtliche Beiräte, bestehend aus Kammern und Arbeitnehmervertretern, benennen diese Beschäftigungsangebote. Die Teilnahme ist freiwillig. Um ihnen Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt zu eröffnen, werden wir die Menschen in öffentlicher Beschäftigung weiter fördern und qualifizieren. Dabei finden Mittel des europäischen Sozialfonds Verwendung.

5. Unser Ziel bleibt die Vollbeschäftigung

Jeder Bürger und jede Bürgerin muss eine Chance haben, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen. Das Ziel Vollbeschäftigung können wir nur erreichen, wenn alles dafür getan wird, dass jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer die notwendigen beruflichen Qualifikationen erhält. Dafür wollen wir sorgen und Aufstieg durch Bildung möglich machen. Deshalb wollen wir eine Ausbildungsgarantie im ganzen Land einführen und allen An- und Ungelernten einen Anspruch auf Weiterbildung und Anerkennung ihrer Qualifikationen sichern. Baden-Württemberg muss Ausbildungsland Nummer 1 in Deutschland werden.

Wir werden Maßnahmen ergreifen, um das Fachkräfteangebot im Land zu erhöhen. Dazu gehören berufs begleitende Fortbildung, die Erhö-

hung des allgemeinen Bildungsniveaus, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die gezielte Förderung der Zuwanderung nach Baden-Württemberg. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird ein systematisches Fachkräfte-Monitoring etablieren, mit dem frühzeitig Branchenentwicklungen und der entsprechende Qualifizierungsbedarf für unser Land erkannt werden kann.

„Wer DARF studieren?“



Für ein Studium ganz ohne Studiengebühren.
In modernen und offenen Hochschulen.
Mit mehr Mitsprache für AStA und Studierende.

www.WarumSPD.de/Studium



IV. Für ein soziales Baden-Württemberg – Solidarität statt Spaltung

Wer den Menschen in Baden-Württemberg zuhört, der hört Geschichten von einer Gesellschaft, die immer weiter auseinander treibt. Unsere Bürgerinnen und Bürger berichten von einem Gesundheitssystem, das zu einer Drei-Klassen-Gesellschaft umgebaut wird. Sie klagen darüber, wie die Politik im Land ihnen das Leben schwer macht, wenn sie Beruf und Familie miteinander verbinden wollen. Und sie erzählen von der Angst vor sozialem Absturz, die sich bis tief in die Mittelschicht hineingefressen hat. Wir haben ihnen zugehört, mit ihnen gesprochen und gemeinsam nach Lösungen gesucht. Unser gemeinsames Ziel: Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in Baden-Württemberg auf eine neue Grundlage stellen.

1. Gesundheit darf kein Luxus sein – Bürgerversicherung statt Kopfpauschale

Kaum ein Politikfeld ist so sehr von Hoffnungen und Ängsten geprägt wie die Gesundheitspolitik. Nehme ich weiterhin am medizinischen Fortschritt teil? Steht mir auch künftig noch die medizinisch notwendige gesundheitliche Versorgung offen? Decken der Krankenversicherungsbeitrag und der gesetzlich beschlossene Leistungskatalog die notwendigen Behandlungsleistungen noch ab? Diese Fragen beschäftigen die Menschen in unserem Land, und ihre Sorgen sind berechtigt. Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik zerstört die tragenden Säulen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV): das bewährte Sachleistungsprinzip, die einkommensabhängigen Beiträge und den gleichen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung. Damit wird mit dem gesellschaftlichen Grundprinzip der solidarisch finanzierten, gesetzlichen Krankenversicherung gebrochen, die ein Eckpfeiler des demokratischen Sozialstaats ist, der unser Land stark gemacht hat und schwerste Krisen zu überwinden half. Diese Politik

wirft unsere Gesellschaft weit zurück, weil soziale Gräben geöffnet werden, wo es sozialen Fortschritts bedarf, um sie zu schließen.

Wir lehnen diese Politik gegen die Mehrheit der Menschen ab. Die notwendige medizinische Versorgung muss ohne Hürden für alle zugänglich sein. Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik schafft die Solidarität schleichend ab und macht den Zugang abhängig vom Geldbeutel. Eine Stimme für die SPD ist eine Stimme gegen Kopfpauschale, Vorkasse und Zuzahlungen – auch bei der Landtagswahl. Die Menschen in Baden-Württemberg haben die Chance, ein Zeichen nach Berlin zu senden, dass sie diese Aufkündigung der Solidarität nicht akzeptieren wollen. Wir lehnen die schleichende Privatisierung des individuellen finanziellen Risikos der Krankenbehandlung ab, wie es Schwarz-Gelb mit der Vorkasse beim Arzt mit ihrem Gesundheitsgesetz beschlossen hat. Sie, die Wählerinnen und Wähler, können deshalb am 27. März den ersten Schritt gehen, um den Einstieg in die Drei-Klassen-Medizin so schnell wie möglich rückgängig zu machen.

Unsere Alternative zur rückwärtsgewandten Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb heißt Bürgerversicherung: alle Bürgerinnen und Bürger werden in der Gesetzlichen Krankenversicherung mit gleichen Rechten und Pflichten versichert – unabhängig vom Alter, Einkommen oder vom sonstigen sozialen Status. Um dieses Ziel zu erreichen, entwickeln wir die Bürgerversicherung und stellen sie gegen das unsoziale Prinzip der Kopfpauschale. Das überholte Nebeneinander von GKV und PKV wird der Gewährleistung einer umfassenden und solidarisch finanzierten Gesundheitsversorgung der Bevölkerung als einem vorrangigen Auftrag des Sozialstaats nicht gerecht. Wir werden als ersten Schritt eine Bundesratsinitiative für die Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für neu angestellte Beamtinnen und Beamte auf den Weg bringen, damit diese ein Wahlrecht erhalten, in welcher Versicherung

sie sich versichern wollen. Das Ziel der Bürgerversicherung ist, ein einheitliches, öffentlich-rechtliches Krankenversicherungssystem mit einem umfassenden Leistungskatalog zu schaffen, der das medizinisch Notwendige absichert. Wir wollen, dass Brillen, Hörgeräte und Zahnersatz als Sachleistung von der gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt werden.

Im Durchschnitt ist Baden-Württemberg mit Gesundheitsangeboten gut versorgt. Aber es gibt Über-, Unter- und Fehlversorgung, dadurch steht das Angebot eben nicht allen gleichermaßen zur Verfügung. Die bisherigen Wege zur Steuerung der Gesundheitsversorgung wirken nicht, sind zu zentralistisch und gehen oft an der örtlichen Situation vorbei. Wir werden mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Dienstleistern im Gesundheitswesen und den Kostenträgern einen Landesgesundheitsplan entwickeln und Gesundheitsregionen organisieren. Diese sollen Steuerungskompetenzen vor Ort erhalten. Wir setzen uns für regionale Budgets zur Versorgungsförderung ein, um Ärzte, Krankenhäuser und andere Dienstleister im Gesundheitswesen im ländlichen Raum zu unterstützen. Wir werden die Kommunen bei den Gesundheitsregionen mit einbeziehen, um dezentrale Versorgungssteuerung mit ihnen abzustimmen.

Überall dort, wo die hausärztliche und die fachärztliche Grundversorgung nicht gesichert ist, wollen wir mit den Ärztinnen, Ärzten und Krankenkassen, unterstützt durch das Land, Kommunale Gesundheitszentren (KGZ) entwickeln und aufbauen.

Wir werden einen Gesundheitsatlas für Baden-Württemberg entwickeln, in dem jede Bürgerin und jeder Bürger erfahren kann, wo welche medizinischen Angebote in welcher Qualität vorgehalten werden. Wir wollen mehr Transparenz über Häufigkeit und Qualität der

Behandlungen, um den Patientinnen und Patienten mehr Information zur Entscheidungsfreiheit zu geben.

Gesundheitsförderung und Prävention sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Deshalb wollen wir in jedem Land- und Stadtkreis Gesundheitsförderungs- und Präventionszirkel einrichten, bei denen die Sozialversicherungsträger, Schulen und Bildungseinrichtungen, Kommunen, Dienstleister im Gesundheitswesen, Vereine und Initiativen zusammen Angebote der Gesundheitsförderung in den konkreten Lebenswelten wie Schulklassen, Betrieben, Vereinen oder Stadtteilen umsetzen. Dazu wollen wir in einem Landesprogramm zur Gesundheitsförderung unter einem Dach, unter gemeinsamer Finanzierung und Zielsetzung die vielen bestehenden und notwendigen Initiativen und Bausteine zusammenfassen und umfassend fördern.

Wir fordern die integrierte und gleichwertige Behandlung seelischer und körperlicher Erkrankungen und setzen uns für eine enge Verzahnung ambulanter und stationärer Hilfen ein.

Wir wollen in Stadt und Land leistungsfähige Krankenhäuser bedarfsgerecht finanziell fördern und erhalten. Die Kosten dieser wohnortnahen Versorgung sind hoch, aber sie ist es uns wert. Unser Ziel ist es, eine ortsnahe und gute Gesundheitsversorgung, zu erhalten. Darunter verstehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine bürgernahe Versorgung mit ambulanter Pflege, mobiler geriatrischer Rehabilitation, Hebammen, Rettungsdiensten, Therapeutinnen und Therapeuten und selbstverständlich Ärztinnen und Ärzte sowie insbesondere im ländlichen Raum ausreichend Hausärztinnen und Hausärzten und Apotheken. Initiativen zur integrierten Versorgung wie etwa das „Gesunde Kinzigtal“ sollen vom Land gefördert und unterstützt werden. Neben dem Ausbau der ambulanten Dienste brauchen wir

Unterstützungssysteme für pflegende Angehörige, insbesondere für die Betreuung und Pflege von Demenz-Erkrankten.

Eine Privatisierung von Krankenhäusern lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns für eine regionalisierte Gesundheitsplanung ein, die Kommunen und Kostenträger einbezieht. Um die öffentlichen Krankenhäuser zu sichern, werden wir deshalb schrittweise die Investitionsmittel für die gemeinnützigen Krankenhäuser verdoppeln. Wir wollen ein Landeskrankenhausgesetz, in welchem eine gute Patientenversorgung durch Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Mindestpersonalzahlen gesichert ist.

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen brauchen Beratung und Unterstützung. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in Baden-Württemberg aufgrund des demografischen Wandels stark ansteigen. Im Jahr 2020 wird sie einen Stand zwischen 300 000 und 320 000 Personen erreichen. Aufgrund der sich ändernden Haushalts- und Familienstrukturen schrumpfen dabei die Verwandtschaftsnetze der alten Menschen von morgen.

Um den optimalen Aufbau der Pflege-Infrastruktur zu erreichen, werden dringend landesweite und regionale Datenreports benötigt. Außerdem werden wir regelmäßig regionale Pflegekonferenzen durchführen, um die Vernetzung der an der Pflege Beteiligten vor Ort zu optimieren. Ziel muss es sein, alle an der Pflege beteiligten Akteure in ein Netzwerk einzubinden, um die Qualität der Pflege nachhaltig zu verbessern und zu sichern.

Wir wollen die Pflege-Infrastruktur ausbauen und damit individuellen Bedürfnissen Rechnung tragen. Unser Ziel ist es, dass Pflegebedürftige auch künftig so lange wie möglich zu Hause gut versorgt werden

können. Dazu gehört der quantitative und qualitative Ausbau von Pflegestützpunkten. Wir streben eine wohnortnahe Versorgung mit einem Schlüssel von 1:35 000 Einwohnerinnen und Einwohnern an. Zur Finanzierung der Pflegestützpunkte müssen auch die privaten Krankenkassen herangezogen werden.

In anderen Bundesländern wird schon längst Pflegeforschung und Pflegelehre an den Universitäten betrieben. Wir werden an einer Universität in Baden-Württemberg ein Institut für Pflegewissenschaft etablieren. Auch das Angebot für Studiengänge der Pflegepädagogik ist mit nur zwei Studiengängen unzureichend. Da hier der Nachwuchs für die Lehre der Pflegeberufe ausgebildet wird, werden wir dieses Angebot ausbauen.

Wir setzen uns für vollwertige Studiengänge in Pflege, Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie und für Hebammen an den Universitäten in Baden-Württemberg ein.

Während an staatlichen Pflegeschulen ein die Ausbildung begleitender Erwerb der Fachhochschulreife möglich ist, können die privaten Pflegeschulen dieses Zusatzangebot mangels Lehrkräften in den Kernfächern nicht leisten. Wir werden das Angebot der staatlichen Schulen erweitern und dieses Zusatzangebot auch für Schülerinnen und Schüler privater Pflegeschulen öffnen.

Der Gesundheits- und Pflegesektor ist auch ein Beschäftigungsmotor in unserem Land. Seit 1999 entfällt mehr als die Hälfte des Beschäftigungszuwachses im Südwesten auf diesen Bereich. Im Jahr 2009 übte bereits jeder neunte sozialversicherungspflichtige Beschäftigte einen Gesundheits- oder Pflegeberuf aus. Mit der richtigen Politik sind in der Gesundheitsbranche eine Million neue Arbeitsplätze möglich; gute

Berufe auch für Menschen ohne Abitur und Studienabschluss. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der in diesem Sektor Beschäftigten bereits um 23 Prozent auf heute 415 000 gestiegen. Bis 2050 wird davon ausgegangen, dass sich allein in der Altenpflege die Zahl der Beschäftigten verdreifachen wird. Wir wollen diese Entwicklung voran treiben und uns für Gute Arbeit im Gesundheits- und Pflegesektor einsetzen.

Das Thema HIV/AIDS hat wieder an Bedeutung und Aktualität zugenommen. Wir werden uns weiterhin für die finanzielle Förderung der AIDS-Hilfe Baden-Württemberg einsetzen.

2. Eine neue Politik für Familien

Die schwarz-gelbe Politik macht den Menschen in Baden-Württemberg die Entscheidung für Kinder schwer. Das Ergebnis: Trotz vergleichsweise guter wirtschaftlicher Bedingungen wurden in Baden-Württemberg noch nie so wenige Kinder geboren wie aktuell. Die Geburtenrate liegt unter dem Bundesdurchschnitt und im Vergleich mit den 26 anderen Staaten der Europäischen Union gerade noch vor Ungarn, Rumänien und der Slowakei.

Moderne Familienpolitik heißt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Dazu gehört in erster Linie der Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Deshalb bauen wir die öffentliche Kinderbetreuung von der Krippe und der Kindertagespflege über den Kindergarten bis hin zur Ganztagschule sowohl in Quantität als auch in Qualität aus. Die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen müssen an die Arbeitszeiten der Mütter und Väter angepasst werden. Besonders wichtig sind diese Rahmenbedingungen für Alleinerziehende. Die Elternbeiträge wollen wir schrittweise abschaffen, beginnend mit dem kostenlosen letzten Kindergartenjahr.

Gute, familienfreundliche Arbeitsbedingungen im Land sollen den Paaren Rückhalt geben. Dadurch werden alle Familien gestärkt. Und wir werden das Versprechen eines Rechtsanspruchs auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder oder in Kindertagespflege ohne Wenn und Aber einlösen – und das ohne die Kommunen dabei im Stich zu lassen. Dazu bedarf es einer soliden Bedarfsplanung und einer deutlich höheren finanziellen Beteiligung des Landes.

Wir werden Kinder- und Familienarmut durch ein umfassendes Maßnahmenbündel bekämpfen. Wir nehmen es nicht hin, dass in unserem reichen Bundesland das Armutsrisko für Familien und insbesondere für Alleinerziehende steigt und sich Armut auf Kinder vererbt. Daher gehört für uns neben der finanziellen Absicherung und Unterstützung von Familien die Teilhabemöglichkeit am gesellschaftlichen Leben zur Armutsbekämpfung. Wir werden bundespolitische Maßnahmen unterstützen und entsprechende Landesprogramme mit kommunalen Aktivitäten bündeln: Hierfür sind die Förderung von Wohnungsbau und sozialräumlicher Planung, die Garantie der Zugänge zu gebührenfreier Betreuung und Bildung, zu Gesundheitsversorgung und zu sozialen und kulturellen öffentlichen Diensten, ein gesetzlicher Mindestlohn und die Bekämpfung prekärer Beschäftigung für uns die wichtigsten Bausteine. Wir wollen, dass in Baden-Württemberg Kinder kein Armutsrisko mehr sind.

3. Gemeinsamkeit in Vielfalt

Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland. Ein Viertel der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger haben einen Migrationshintergrund. Sie bereichern unser Land. Wir wollen die Chancen nutzen, die uns diese Vielfalt bietet, ohne die Probleme unter den Tisch zu kehren – wir stehen für eine realistische Integrationspolitik ohne Ängste und Träumereien.

Integration ist eine dauerhafte Aufgabe. Sie verlangt das Verständnis und die Offenheit der Einheimischen wie auch das besondere Engagement der Zuwanderinnen und Zuwanderer. Die sozialen und finanziellen Kosten unzureichender, halbherziger Integration sind viel höher als die Kosten rechtzeitiger Förderung.

Gelungene Integration bedeutet ganz zentral gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Arbeit. Hier stehen wir in Baden-Württemberg vor großen Herausforderungen. Noch immer verlassen Menschen mit Migrationshintergrund unsere Schulen mit schlechteren Abschlüssen. Besonders dramatisch ist die Zahl der 25- bis 30-jährigen ohne Schulabschluss: Während ein Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss verlassen hat, liegt der Anteil bei den Menschen mit Migrationshintergrund bei sechs Prozent.

All das zeigt: Die Schaffung gleicher Bildungschancen ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Dazu ist die Beherrschung der deutschen Sprache von zentraler Bedeutung. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bereits im Kindergarten und in der Vorschule gezielt die deutsche Sprache gefördert wird und deren Kenntnisse überprüft werden. Auch deshalb wollen wir die Kindergartengebühren abschaffen: Alle Kinder sollen den Zugang zu frühkindlicher Bildung bekommen. Denn Herkunft darf kein Schicksal sein!

Wir geben keinen Menschen auf. Für diejenigen, die im Erwachsenenalter nach Deutschland kommen und über geringe Deutschkenntnisse verfügen, sind die Integrations- und Orientierungskurse eine wichtige Starthilfe. Wir wollen eine angemessene Bezahlung der Lehrkräfte in diesem Bereich durch eine Festanstellung gemäß TVöD erreichen. Das Angebot wollen wir auf die sogenannten „Bestandsausländer“ ausweiten. Die Integration findet in den Kommunen statt, die Organisation und Durchführung der Kurse sollte in ihren Händen liegen.

Wir erwarten, dass die geschaffenen Chancen tatsächlich ergriffen werden. Wer dauerhaft zu uns kommt, hat auch die Pflicht, einen eigenen Beitrag zur Integration in die Gesellschaft zu leisten. Dazu brauchen wir keine weiteren Gesetzesverschärfungen, sondern eine konsequente und schnellere Anwendung der bestehenden Gesetze. Den unbegründeten Abbruch von Integrationskursen akzeptieren wir nicht.

Gleichzeitig werden wir mit einer modernen Integrationspolitik weiter dafür Sorge tragen, dass die große Mehrheit derjenigen, die sich integrieren wollen, die nötige Unterstützung erhält. Ihnen bieten wir die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben an.

Dazu zählt auch, dass wir uns für ein besseres Anerkennungsverfahren der von zu uns kommenden Menschen mitgebrachten akademischen und beruflichen Abschlüssen einsetzen. Dies ermöglicht bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Wir stehen für ein weltoffenes und integratives Baden-Württemberg. Deshalb werden wir die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie für Geduldete abschaffen. Gerade denjenigen, die aufgrund von Kettenduldungen zum Teil Jahrzehnte in unserem Land verbringen, ist die Residenzpflicht nicht zuzumuten. Sie stellt vielmehr ein riesiges Integrationshemmnis dar.

Musliminnen und Muslime sind Teil unserer Gesellschaft. Wir erleben zurzeit, dass Ängste und Sorgen auf bestimmte Ethnien und „den Islam“ projiziert werden. Das ist brandgefährlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Es vergiftet unser gesellschaftliches Klima, es diskriminiert und stigmatisiert Menschen. Es führt zur beiderseitigen Abschottung und bedient das Spiel von Extremisten. Diese Tendenzen müssen wir mit aller Kraft verhindern. Unser Grundgesetz lässt breiten Raum für Individualität, für kulturelle und religiöse Entfaltung. Auf dieser Grundlage können Musliminnen und Muslime ihren Glauben frei leben. Unser Grundgesetz setzt aber auch klare Grenzen, die niemand mit Verweis auf seine Herkunft oder Religion übertreten darf.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Wir werden sie zur Chefsache machen, mit einem zentralen Ansprechpartner direkt im Staatsministerium: einem „Staatsminister für Integration“ in Baden-Württemberg.

4. Gleichstellung verwirklichen

Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter sind sozialdemokratische Grundforderungen. Auch wenn vieles in den letzten Jahren auf den Weg gebracht wurde, etwa das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, so ist tatsächliche Gleichstellung heute – im Jahr, in dem sich der Internationale Frauentag zum 100. Mal jährt – immer noch nicht erreicht.

Bei der Gleichstellung von Männern und Frauen steht Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich in vielen Punkten an letzter Stelle. Frauen verdienen bei gleichwertiger Arbeit rund ein Viertel weniger als Männer. Überdurchschnittlich viele Frauen finden sich in Teilzeit- oder geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, der Niedriglohnsektor ist überwiegend „weiblich“. In Führungspositionen sind Frauen unterrepräsentiert. Freiwillige Vereinbarungen mit der Privatwirtschaft haben uns nicht weitergebracht. Deshalb fordern wir eine verbindliche Quote.

Wir fordern mehr Gleichstellung für Frauen in Baden-Württemberg, Chancengerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe. Im Hinblick auf den öffentlichen Dienst wollen wir den Geltungsbereich des Chancengleichheitsgesetzes erheblich erweitern und die Rechte der Chancengleichheitsbeauftragten ausbauen. Das Prinzip des Gender Mainstreaming werden wir auf allen Ebenen anwenden.

Echte Gleichberechtigung setzt aber auch die Gewissheit voraus, ohne Angst vor Gewalt leben zu können. Das beginnt bei der häuslichen Gewalt und reicht bis zur Zwangsheirat und Zwangsprostitution. Wir werden die Gewalt gegen Frauen bekämpfen, z. B. durch Präventionsarbeit bei Mädchen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird eine landesweit einheitliche finanzielle und personelle Ausstattung von

Frauenhäusern und die verlässliche Finanzierung von Frauenberatungsstellen und Frauennotrufen gewährleisten. Das Aufenthaltsrecht nach zwei Jahren Ehedauer wollen wir erhalten.

Wir stehen für eine tolerante und offene Gesellschaft, in der die Menschen ihr Leben unabhängig von ihrer sexuellen Identität gleichberechtigt gestalten können. Deshalb werden wir uns für eine Gleichbehandlung aller Lebensgemeinschaften stark machen und die eingetragene Lebenspartnerschaft landeseinheitlich regeln. Die Eintragung erfolgt in den Standesämtern und zu den für eine Eheschließung vorgesehenen Gebühren. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich zudem für eine Änderung des Artikels 3 des Grundgesetzes mit dem Zusatz „der sexuellen Identität“ einsetzen.

Die Grundlagen für ein tolerantes Miteinander werden früh gelegt. In den Schulen sollen alle Lebensweisen wertneutral vermittelt werden, mit dem Ziel die Homophobie zu ächten. Wir werden uns zudem für ein würdiges Leben im Alter für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender einsetzen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen im Alter auf Grund ihrer sexuellen Orientierung wieder diskriminiert werden.

5. Erfahrung schafft Zukunft – Teilhabe älterer Menschen ermöglichen

Um die Jahrtausendwende hat der Anteil der über 60-jährigen den Anteil der unter 20-jährigen überholt. Der demografische Wandel hat Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche der Gesellschaft. Wir betrachten ihn als Herausforderung, nicht als unüberwindliches Problem. Wir wollen die gesellschaftliche und politische Teilhabe älterer Menschen in unserer Gesellschaft sichern und dafür sorgen, dass sie mitreden, mitbestimmen und mitgestalten. Auf allen Politikfeldern eröffnen sich Chancen unsere Zukunftsgestaltung auf Erfahrung zu gründen. Seniorenräte, Experten in den Senioreneinrichtungen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Gerontologie sowie aus den Sozialwissenschaften sollen die Regierung beraten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird eine aktivierende Seniorenpolitik verwirklichen, in der ältere Menschen nicht das Objekt von Fürsorge sind, sondern in ihrer Selbstständigkeit gestärkt werden. Dazu gehört Teilhabe am Arbeitsleben durch lebensbegleitendes Lernen, aktiven Gesundheitsschutz und eine Anpassung des Arbeitslebens an eine älter werdende Erwerbsgesellschaft. Wir wollen Beschäftigungsmöglichkeiten und Gute Arbeit auch für ältere Menschen.

Die Erfahrung unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für unsere Gesellschaft wichtig. Wir fördern daher die gesellschaftliche Teilhabe durch Mitwirkung an der politischen Willensbildung. Wir wollen aber auch gerade die Potenziale nutzen, die sich aus der intergenerativen Zusammenarbeit ergeben. Deshalb unterstützt die SPD Projekte wie Mehrgenerationenhäuser und Patenschaftsmodelle. Wir begreifen das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement gerade älterer Menschen als eine unerschöpfliche Quelle unserer Gesellschaft, die wir bewahren und für deren gesellschaftliche Anerkennung wir uns einsetzen.

Die Möglichkeit zur Teilhabe ist Richtschnur für alle Lebenslagen. Dazu gehören barrierefreie Wohnungen und Verkehrssysteme sowie eine Pflegepolitik, die selbstständige Lebensführung in der gewohnten häuslichen Umgebung solange wie möglich sicherstellt.

6. Gleiche Chancen durch Inklusion

Die Vielfalt der Menschen bereichert unsere Gesellschaft. Eine solidarische Bürgergesellschaft ermöglicht Menschen mit Behinderungen die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Doch auf dem Weg zur Barrierefreiheit gibt es noch viel zu tun, gerade in Baden-Württemberg.

Wir wollen Inklusion verwirklichen. Deshalb werden wir die UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg umsetzen. Förderung und Unterstützung müssen künftig dem behinderten Menschen folgen und nicht umgekehrt. Das betrifft sowohl die Wohn- und Betreuungsbedingungen als auch die Arbeitswelt. Wir werden das Behindertengleichstellungsgesetz deutlich ausbauen. So wollen wir das Benachteiligungsverbot für öffentliche Stellen auf den kommunalen Bereich ausweiten. Es garantiert Menschen mit Behinderungen im Umgang mit Behörden das Recht auf die Verwendung der Gebärdensprache und anderer Kommunikationshilfen sowie das Recht auf eine barrierefreie Gestaltung des Schriftverkehrs. Bisher gelten diese Vorschriften jedoch nur für Landesbehörden. Ergänzt werden muss dies durch verpflichtende Barrierefreiheit der Internetauftritte.

Menschen mit Behinderungen brauchen zentrale Ansprechpartner. Deshalb wollen wir einen offiziellen Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen einsetzen, sowie fest etablierte Berater in Fragen der Behindertenpolitik für jeden Stadt- und Landkreis.

7. Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unsere Verfassung. Für uns ist das Wirken der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen, insbesondere wo sie zur Verantwortung für Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und damit Tugenden vermitteln, von denen unsere Demokratie lebt. Wir suchen das Gespräch mit ihnen und, wo wir gemeinsame Aufgaben sehen, die Zusammenarbeit. Wir stehen zu den geltenden Staatsverträgen.

„Schützt die UMWELT Arbeitsplätze?“



2011

Weniger Energie teuer importieren.
Sondern regenerativ vor Ort erzeugen.
Und dadurch neue Arbeitsplätze schaffen.

www.WarumSPD.de/Umwelt



V. Für ein dynamisches und nachhaltiges Baden-Württemberg – Ökologisches Wachstum und Innovation

Wir wollen einen Neustart der sozialen Marktwirtschaft. Dazu gehört für uns eine Demokratisierung der Wirtschaft. Soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und wirtschaftliches Wachstum sind kein Widerspruch, sondern bedingen einander. Wir werden den Klimaschutz als politische Querschnittsaufgabe voranbringen. Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes werden wir weiterentwickeln und mit klaren, verwirklichtbaren Zielen versehen. Durch den Atomausstieg werden wir im Bereich der erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze schaffen. Den Marktradikalismus, der unser Land in Oben und Unten teilt und auf Kosten der nachfolgenden Generation Reichtum für wenige anhäuft, schicken wir in die Opposition. Statt Existenzgründungen zu fördern, stellt der Marktradikalismus die Bürgerinnen und Bürger vor die Existenzfrage. Wir hingegen eröffnen ihnen die Chance, ihren Kindern eine intakte Umwelt und eine dynamische Wirtschaftsordnung zu hinterlassen. Deswegen steht das Land der Tüftlerinnen und Tüftler, das Baden-Württemberg der Denkerinnen und Denker für Innovationsgeist, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit.

Auch hier werden wir mehr Demokratie wagen. Unsere Energieerzeugung soll in Zukunft dezentral in Bürgerhand statt zentral in der Hand der Atomkonzerne liegen. Jedes Solarmodul auf dem Dach des Eigenheims, jede Biogasanlage und jedes Windrad wird so zum Ausdruck des Bürgerwillens in der Energiepolitik. Damit schützen wir das Klima und fördern Beschäftigung in Handwerk und Mittelstand.

Als Flächenland und Wirtschaftsstandort benötigt Baden-Württemberg eine zukunftsfähige Infrastruktur. Wir werden die entsprechenden Projekte im Dialog mit der Wirtschaft und unter breiter Beteiligung der Bevölkerung vorantreiben.

1. Neue Dynamik für Baden-Württemberg

Baden-Württembergs Wirtschaftsstandorte verfügen über große Stärken. Durch Wissen und Kompetenz, Erfindergeist und Veränderungsbereitschaft haben die hier lebenden und arbeitenden Menschen für ein hohes Wohlstandsniveau gesorgt.

Die baden-württembergische Landesregierung begnügt sich aber seit Jahren mit dem Verweis auf die guten Wirtschaftsdaten. Sie verkennet langfristige Trends und Entwicklungen. So ist die wirtschaftliche Dynamik im Land unterentwickelt. Während das Land 1980 noch an der Spitze der deutschen Flächenländer lag, wurde es 1990 von Hessen überholt und 1994 auch von Bayern. Die jährliche Wachstumsrate bewegte sich zwischen 1998–2008 nur noch im bundesdeutschen Durchschnitt von 1,4 Prozent. Die politische Unterstützung durch eine zielgerichtete, aktive Wirtschaftspolitik bleibt aus. Damit gefährdet die Landesregierung langfristig die soziale und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes.

Die Menschen in unserem Land wissen, dass der wirtschaftliche Erfolg Baden-Württembergs in Zukunft nur dann Bestand haben kann, wenn wir heute dazu die Grundlage schaffen. Wir werden das Wirtschaftsgeschehen im Land aktiv begleiten und gemeinsam mit Beschäftigten und Unternehmen für eine neue Dynamik sorgen.

2. Die Industrie bleibt das Herz unserer Wirtschaft

Das Fundament der baden-württembergischen Wirtschaft ist die Produktion, vom Kleinbetrieb bis zum Weltkonzern. Wir wollen unser Land zur Herzkammer Europas weiterentwickeln. Daran werden wir durch eine aktive Industriepolitik im Dialog mit allen Beteiligten arbeiten. Die Industrie der Zukunft steht auf vier Säulen: „Mobilität und Produktionstechnologie“, „Information und Kommunikation“, „Energie und Umwelt“ sowie „Gesundheitstechnik und Medizintechnik“. Als Wachstumskerne werden sie in den kommenden Jahrzehnten zur wirtschaftlichen Dynamik stark beitragen, und es gilt die Industriepolitik des Landes an ihnen auszurichten. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten und der Betriebe, die die industriellen Arbeitsplätze im Land, insbesondere in der Fertigung, sichern wollen. Dafür werden wir eine bessere Abstimmung der Technologieförderung organisieren, eine bessere öffentliche Finanzierungsstruktur bereitstellen und eine beherrzte Infrastrukturpolitik vorantreiben. Wir geben unser Wort: Wir werden um jeden Arbeitsplatz im Land kämpfen.

3. Mit erneuerbaren Energien Jobs schaffen – Atomkraftwerke abschalten

Nur ökologisches Wirtschaften hat Zukunft. Wir begreifen den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Weiterentwicklung unserer wirtschaftlichen Basis als zwei Seiten derselben Medaille: Schützen wir unsere Natur, eröffnen wir gleichzeitig auch wirtschaftliche Perspektiven. Denn Innovationen im Bereich Umwelttechnologien schaffen auch neue Möglichkeiten für Klimaschutz und Wachstum. Erneuerbare Energien, Energieeffizienztechnologien, umweltfreundliche Mobilitätstechnologien und Technologien in den Bereichen Wasserversor-

gung und Abwasser tragen zur Lösung des Klimaproblems bei und haben gleichzeitig weltweit enorme Marktpotentiale. Diese erschließen wir und werden bei den erneuerbaren Energien eine Führungsrolle einnehmen.

Das von Rot-Grün unter Bundeskanzler Schröder eingeführte Erneuerbare-Energien-Gesetz hat eine eindrucksvolle Entwicklung der Erneuerbare-Energien-Branche in ganz Deutschland ermöglicht. In Baden-Württemberg sind viele neue innovative Unternehmen entstanden. Bereits bestehende Unternehmen haben vielfach ihre Produktpalette erweitert, etwa Maschinenbauerhersteller, die heute auch Windkraftanlagen produzieren. Landwirte haben sich durch den Zubau von Biogas- oder Photovoltaikanlagen zu dezentralen Energieproduzenten entwickelt und sich dadurch zusätzliche Einnahmequellen erschlossen. Handwerksbetriebe kümmern sich heute um die Installation und die Wartung von Anlagen zur Produktion von Energie aus Erneuerbaren Energien. Aber auch viele Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor und der Energiewirtschaft profitieren vom Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das Ergebnis: 340 000 neue Arbeitsplätze in ganz Deutschland.

Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben. Mit einer ökologischen Industrie- und Handwerkspolitik werden wir die Strukturen Baden-Württembergs den ökologischen Herausforderungen anpassen – Arbeitsplätze entstehen, indem wir Klimaschutz technologisch voranbringen. Mit verbindlichen umweltpolitischen Zielvorgaben, marktwirtschaftlichen Anreizen, systematischer Unterstützung von Markteinführungen und der strategische Nutzung öffentlicher Vergabeprozesse werden wir die Dynamik der baden-württembergischen Wirtschaft stärken und gleichzeitig einen Beitrag für mehr Umwelt- und Klimaschutz leisten. Dafür setzen wir uns ehrgeizig, aber

realistische Ziele: Bis 2020 wird der Anteil der Erneuerbaren Energien etwa 40 Prozent an der gesamten Bruttostromproduktion betragen. Im Jahr 2050 soll die gesamte in Baden-Württemberg produzierte Strommenge aus Erneuerbaren Energien stammen. Wir nehmen den von Hermann Scheer entworfenen „energetischen Imperativ“ [sic] ernst. Seine wegweisenden Ideen werden wir in konkrete Regierungspolitik umsetzen und zum Musterland dezentraler erneuerbarer Energien werden.

Durch eine Änderung des Landesplanungsgesetzes werden wir die Windkraftverhinderung durch Ausschlussgebiete auf 99 Prozent unserer Landesfläche beenden. Wir werden den Anteil der Windkraft an der Stromproduktion in Baden-Württemberg verzehnfachen und damit das Niveau von Rheinland-Pfalz erreichen. In einem ersten Schritt ermöglichen wir das Repowering bestehender Anlagen in Ausschlussgebieten.

Die Photovoltaik muss weiter ausgebaut werden, auch um sie weiterhin wirtschaftlicher und billiger zu machen. Die bei Wasserkraft und Biomasse noch vorhandenen Potenziale werden wir ausschöpfen. Dabei beachten wir die Grenzen des Ausbaus der Biomasse, angesichts der Konkurrenz durch Lebens- und Futtermittel.

Wir werden als Land Maßnahmen für Energieeffizienz und Energieeinsparungen unterstützen. Gerade beim Ausbau erneuerbarer Energien im Wärmebereich wird eine SPD-geführte Landesregierung durch die Sanierung der eigenen Liegenschaften in seiner Vorbildfunktion voran gehen und Förderinstrumente des Bundes ergänzen. Wir werden die Förderung von energetischen Maßnahmen für Wohngebäude verlässlicher und effizienter gestalten. Dazu soll sich die Förderung an der Energieeinsparung und der CO₂-Reduktion orientieren. Zudem werden wir

hierfür den Einsatz europäischer Strukturfördermittel ermöglichen, die bestehenden Förderangebote bündeln und durch klare Laufzeit- und Zinsregelungen Transparenz und Verlässlichkeit der Förderprogramme schaffen.

Bis 2050 werden wir den gesamten öffentlichen Personennahverkehr auf die Nutzung alternativer Energieträger umrüsten. Alle geeigneten Dachflächen von Gebäuden der Öffentlichen Hand werden wir mit solarthermischen sowie Photovoltaik-Anlagen ausstatten. Das steigert die Nachfrage und macht die Vorbildfunktion der Öffentlichen Hand sichtbar.

Wir werden den Ausbau der kommunalen Nahwärmenetze unterstützen und bis 2020 den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung deutlich erhöhen.

Durch eine abgestimmte „Energieoffensive Ländlicher Raum“ werden wir sowohl die Gewinnung von Energierohstoffen als auch die dezentrale Energiegewinnung aus Biomasse, Wind und Sonne gezielt im Ländlichen Raum vorantreiben. Die landwirtschaftlich geprägten Landesteile erhalten so ein weiteres wirtschaftliches Standbein.

Baden-Württemberg wird sich durch Forschung und Förderung von Erkundungsmaßnahmen an der Entwicklung und Einführung der Tiefengeothermie aktiver beteiligen. Wir werden Anreize schaffen, um diese Entwicklung zu unterstützen. Dazu gehört auch eine Klärung der Risiken und Haftungsfragen.

Ohne die passende Infrastruktur ist der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht zu schaffen. Unser Land wird deshalb in neue Hochspannungsleitungen investieren müssen, um den Strom aus Offshore-

Windkraftanlagen im Norden auch zu uns nach Baden-Württemberg leiten und hier nutzen zu können. Wir brauchen daneben auch Speichermedien für den vor allem im Land produzierten Strom aus Onshore-Windkraftanlagen. Wir werden diese Projekte im Dialog mit der betroffenen Bevölkerung entwickeln.

Wir werden die Forschung in Baden-Württemberg für Energiespeichertechnologien fördern – auch im Zusammenhang mit neuen Antriebstechnologien.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die an EnBW erworbenen Anteile in Landeshand halten und für eine aktive Industriepolitik nutzen. Wir werden das Unternehmen nicht an der Börse dem Shareholder Value ausliefern, sondern die Atompolitik des Konzerns ändern. Die EnBW wird so zum Partner der Stadtwerke beim Ausbau der erneuerbaren Energien werden.

Schwarz-Gelb bremst beim Klimaschutz und gefährdet damit die Zukunft unseres Landes. Die Laufzeitverlängerung der Atomkraft soll laut Merkel, Röttgen und Mappus eine „Brücke“ sein, bis die erneuerbaren Energien den Hauptanteil der Energieversorgung übernehmen. Das ist falsch: Längere Laufzeiten behindern den Wettbewerb, blockieren Investitionen in neue Kraftwerke und bedrohen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Dazu stellen die Atomkraftwerke ein unverantwortliches Risiko dar. Sie produzieren hochgefährlichen Strahlmüll, der tausenden nachfolgenden Generationen aufgebürdet wird. Angesichts ihrer Störanfälligkeit garantieren sie noch nicht einmal die Versorgungssicherheit. Es gibt nur vier Gewinner dieser Politik: die Atomkonzerne – alle anderen verlieren.

Wir sind uns mit der großen Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg einig: Atomenergie und fossile Energieträger haben keine Zukunft. Kernenergie ist nicht sicher, und noch immer weiß niemand wohin mit dem Atommüll. Wir halten am Atomausstieg fest und werden auch keinen Neubau von Atomkraftwerken in unserem Land zulassen. Alle AKW sollen bis 2022 abgeschaltet und durch Erneuerbare Energien ersetzt werden. Für den Strahlmüll muss der geologisch geeignetste Standpunkt in Deutschland gefunden werden, ohne politisches Geschacher und Kompromisse bei der Sicherheit wie im Fall Gorleben. Alle älteren AKW ohne besonderen Schutz gegen Flugzeugabstürze sind schnellstens abzuschalten. Neckarwestheim 1 und Philippsburg 1 werden wir unverzüglich abschalten und stilllegen.

4. Neue Mobilität fördern

Baden-Württemberg ist das „Autoland“. Es muss sich zum „Mobilitätsland“ weiterentwickeln, um seinen Spitzenplatz zu behaupten. Dafür hat unser Land im Ganzen den Wandel zu alternativen Antrieben zu erkennen, zu bewerten und zu bewältigen. Wir wollen neue Mobilitätskonzepte, welche die Verkehrsträger besser vernetzen.

Unsere hochkarätigen Forschungseinrichtungen und unsere Wirtschaftsstruktur ermöglichen es dem Land, die Entwicklung alternativer Antriebe zu gestalten. Im Fokus steht nicht nur die Automobilwirtschaft, sondern auch die Energiebranche und die Informations- und Kommunikationstechnologie. Gerade sie sind Schlüsselbranchen für die Entwicklung emissionsfreier Mobilität.

Wir werden sie auf diesem Weg unterstützen. Wir werden die öffentliche Beschaffung nutzen, um schadstoffarme Technologien zu fördern. Car-Sharing-Modelle vor Ort werden wir stärken, um den neuen Bedürfnissen der Menschen zu entsprechen. Von zentraler Bedeutung im globalen Wettbewerb ist die Stärkung unserer Hochschulen, zum Beispiel in der Elektrochemie. Dafür werden wir uns einsetzen.

Wir lehnen Vorschläge zur Einführung einer PKW-Maut oder City-Maut in Baden-Württemberg ab. Diese Mautkonzepte schränken Mobilität nach den finanziellen Möglichkeiten der Verkehrsteilnehmenden ein und schließen sozial Schwächere von individueller Mobilität aus.

5. Schienenverkehr stärken, Radwege ausbauen, Straßen verbessern

Die Verkehrswege sind die Lebensadern unserer Gesellschaft. Die Landesregierung ist sich ihrer Bedeutung nicht bewusst. Sie hat es in den vergangenen Jahren nicht geschafft, ihre eigenen Ziele auch nur annähernd zu erreichen. Statt der 1995 ermittelten jährlichen 90 Millionen Euro wurde in der letzten Legislaturperiode gerade einmal die Hälfte des Betrages pro Jahr für den Erhalt der Landesstraßen aufgebracht. Das Resultat dieser verfehlten Politik ist der Verfall unserer Infrastruktur und damit der Verlust von einst geschaffenem Vermögen. Inzwischen sind selbst nach Angaben der noch amtierenden Landesregierung knapp 50 Prozent der Landesstraßen in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand. Wir werden dies nicht länger hinnehmen.

Bei den anfallenden Straßeninvestitionen werden wir Prioritäten setzen: Wir werden einordnen, welche Baumaßnahmen am wichtigsten sind und als erste kommen müssen. Die Politik der CDU, allen alles zu versprechen, wird es mit uns nicht mehr geben.

Bei der Finanzierung des Straßenbaus müssen die Mittel in ausreichender Höhe und vor allem verlässlich fließen. Die Ausgaben für den Straßenbau dürfen nicht als Steinbruch benutzt werden, wenn gerade Mittel fehlen.

Neben der Realisierung der Straßenbaumaßnahmen setzen wir auf Systeme für eine intelligente, integrierte Nutzung der Verkehrsinfrastruktur.

Um die Schiene zu stärken, brauchen wir dringend neue Investitionen in die Infrastruktur. So muss der wichtige Bahnknoten Mannheim weiterhin von allen Fernzügen angefahren werden, einen Bypass lehnen wir ab. Die Strecke Mannheim–Frankfurt muss dringend ausgebaut werden. Mit Stuttgart 21 wollen wir auch den Bahnknoten der Landeshauptstadt fit für die Zukunft machen. Mit der zeitgleichen Umsetzung der Neubaustrecke zwischen Wendlingen und Ulm wird eine schnelle Fernverkehrsverbindung geschaffen. Denn leistungsfähige Bahnknoten der Zukunft sind nur dann sinnvoll, wenn auch die wichtigen Bahnstrecken des Landes die Kapazität vorhalten, die wir für einen funktionierenden und attraktiven Bahnverkehr für Menschen und Güter benötigen. Daher werden wir in den kommenden Jahren alle wichtigen Schienenverkehrsachsen in Baden-Württemberg fit für die Zukunft machen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns mit Nachdruck für den Neu- und Ausbau des dritten und vierten Gleises der Rheintalbahn ein und unterstützen Baden 21. Dabei fordern wir einen Ausbaustandard, der die Sorgen der Bürger vor Ort stärker berücksichtigt, insbesondere hinsichtlich Lärmschutz, Zersiedelung der Landschaft, landwirtschaftlicher Nutzung und ökologischen Ausgleichsmaßnahmen. Hierfür wollen wir auch Landesmittel einsetzen. Diese Infrastrukturmaßnahme stärkt vor allem den internationalen Güterfernverkehr. Auch an anderer Stelle gibt es noch erheblichen Ausbaubedarf.

Unser Ziel ist es, dass auf allen Hauptstrecken mindestens ein Halbstundentakt gefahren wird. Strecken wie die Gäubahn, die Frankenbahn und die Südbahn sind wichtige Verkehrsachsen, die nicht ihrer Bedeutung entsprechend ausgebaut sind. Eine durchgehende Elektrifizierung aller Strecken ist ein Muss, ein zweigleisiger Ausbau fast durchgängig dringend erforderlich. Wir bekennen uns zu dem in den letzten

Jahren erfolgten Ausbau von regionalen, miteinander verknüpften Stadtbahnnetzen und werden als Landesregierung den weiteren Ausbau sowie die Erschließung weiterer Netze unterstützen.

Im Gegensatz zu den Grünen werden wir weiterhin auch Landesmittel dafür einsetzen, dass ein leistungsfähiger, menschen- und umweltfreundlicher Ausbau der Schiene in Baden-Württemberg erfolgen kann. Die SPD setzt sich dafür ein, den Aus- und Neubau der Rheintalbahn zwischen Basel und Offenburg als Pilotstrecke ohne Berücksichtigung des Schienenbonus zu bauen. Weil Projekte des grenzüberschreitenden ÖPNV besonderen, historisch bedingten Hürden gegenüberstehen, wird das Land entsprechende Projekte, die Europa vor Ort zusammenwachsen lassen und den Menschen unmittelbar von Nutzen sind, besonders unterstützen.

Der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Baden-Württemberg steht am Scheideweg. Die in den Jahren 2011 und 2012 zu vergebenden Verkehrsleistungen entscheiden über Qualität, Sicherheit und Service bei den Bahnen sowie über die Qualität der Arbeitsplätze fast aller Beschäftigten des Regionalverkehrs in den nächsten 15 Jahren. Es geht um mindestens 57 Millionen gefahrene Zugkilometer pro Jahr und um rund acht Milliarden Euro an Steuergeldern. Und es geht um faire Löhne.

Der geltende Verkehrsvertrag, den die Landesregierung im Jahr 2003 aushandelte, ist ein abschreckendes Beispiel. Der Leidtragende bei einem solch miserabel ausgehandelten Vertrag war und ist der Fahrgast. Auf die lange Mängelliste hat die SPD immer wieder hingewiesen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass diese behoben werden, etwa durch eine höhere Taktung sowie zusätzliche Wagen bei regelmäßiger Überfüllung, die Anschaffung von neuem Wagenmaterial und die Festlegung verbindlicher Servicestandards. Um die

Sicherheit zu erhöhen bedarf es zudem einer ausreichenden Zahl an Zugbegleitern, Polizisten in Uniform sollen die Züge in Zukunft kostenlos nutzen können.

Die geforderte Qualität hat ihren Preis. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass die Unternehmen Kosten auf dem Rücken der Beschäftigten einsparen. Mit uns wird es keinen Vertrag auf Kosten der Mitarbeiter geben. Dem Versuch einer weitergehenden Privatisierung der Bahn wird eine SPD-geführte Landesregierung im Bundesrat entgegengetreten.

Mit Blick auf die Verkehrsverbünde müssen wir feststellen, dass sich Baden-Württemberg nach wie vor einen kundenfeindlichen Flickenteppich mit über 20 Verbänden leistet. Wir werden auf größere Einheiten hinwirken, die ein umfassendes, attraktives Angebot sowohl im Berufs- als auch im Freizeitverkehr gewährleisten.

Wir werden die Rolle des Fahrrads aufwerten, und zwar nicht nur in Freizeit und Tourismus, sondern als Verkehrsmittel im Alltag. Das bestehende lückenhafte Radwegenetz muss attraktiver und sicherer gemacht und vor allem flächendeckend ausgebaut werden. Hinzukommen müssen eine einheitliche und durchgängige Beschilderung, eine bessere Verknüpfung von Rad und ÖPNV und sinnvolle Mindeststandards für sichere Radwege.

6. Handwerk und Mittelstand stärken – Politik für die solidarische Mitte

Der Mittelstand ist gerade in Baden-Württemberg Innovationsmaschine und Jobmotor. Er schafft Arbeitsplätze, wo Großunternehmen diese abbauen. Er bietet nach wie vor die meisten Ausbildungsplätze an. Mittelständische Unternehmen verdienen deshalb die volle Unterstützung der Landespolitik – wir werden sie ihnen geben. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind gezielt zu fördern, insbesondere bei der Existenzgründung, bei Liquiditätsengpässen und bei der Entwicklung neuer Technologien. Wir machen keine Kompromisse bei der Einhaltung des Mittelstandsförderungsgesetzes. Das heißt konkret: Mit uns wird es keine Public-Private-Partnerships des Landes zu Lasten des heimischen Handwerks und Mittelstands geben. Public-Private-Partnerships lehnen wir grundsätzlich ab. Private Investitionen sind sinnvoll, wenn damit Projekte umgesetzt werden, die ohne diese Mittel nicht umgesetzt werden könnten. Voraussetzung ist, dass die öffentliche Hand die Mehrheit bei den Entscheidungen der Führung dieser Unternehmen hat.

Immer weniger mittelständische Unternehmen können aufwändige Forschungsanlagen vorhalten. Dabei erfordert die Entwicklung neuer Produkte zunehmend mehr wissenschaftliche Forschung. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sehen sich jedoch hohen Hürden gegenüber, wenn sie die wissenschaftliche Forschung produktiv nutzen wollen. Diese Barrieren werden wir durch die Einrichtung von Forschungshäusern für den Mittelstand beseitigen. Sie sollen Plattformen sein, auf denen die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und Unternehmen projektbezogen so gestaltet wird, dass beide Seiten dabei gewinnen. Die Projekte in den Forschungshäusern werden grundsätzlich von den Unternehmen initiiert. Die Nachfrage bestimmt, was

geforscht wird. Der Industrie, insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen und Existenzgründern, sollen die Forschungshäuser offene Plattformen für die Durchführung ihres entwicklungsbezogenen Forschungsbedarfs bieten. Unser Land hat ein besonders dichtes Netz von technischen Forschungskapazitäten und mit seiner industriellen Struktur die stärkste Nachfrage nach Forschungsleistungen aus dem Mittelstand. Daraus kann ein Wettbewerbs- und Standortvorteil für unser Land erwachsen – wir werden ihn nutzen.

Die Ehrlichen dürfen nicht die Dummen sein. Wir werden deshalb ein Tariftruegesetz für Baden-Württemberg schaffen. Denn die Wettbewerbsverzerrung bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch unter dem Tarifsatz entlohnte Beschäftigte gilt es im Interesse der ordentlich agierenden Unternehmen und deren Beschäftigten zu unterbinden. Sie schadet Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Tariflöhne bezahlen und gefährdet gute Arbeitsplätze.

7. Impulse für die Wirtschaft – Für eine neue Kultur der Selbstständigkeit

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik fördert Selbstständigkeit. Mit der von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung eingeleiteten Arbeitsmarktreform war die Zahl der Gründungen aus der Arbeitslosigkeit im Jahr 2003 deutlich gestiegen. Mehr als 350 000 Personen wurden 2004, auf dem Höhepunkt der Entwicklung, mit Überbrückungsgeld oder Existenzgründungszuschüssen gefördert – vorher waren es meist unter 100 000 Personen. Hieran werden wir anknüpfen. Viele Menschen nahmen und nehmen die Krise zum Anlass über ihre Perspektiven nachzudenken und entdecken die Chancen für ihr eigenes Unternehmertum. Bei dem Schritt in die Selbstständigkeit werden wir sie unterstützen.

Wir begreifen die „neuen Selbstständigen“ als eigenen Wirtschaftsfaktor. Denn gut zwei Drittel von ihnen sind auch fünf Jahre nach der Gründung noch im Geschäft, nur zehn Prozent sind wieder arbeitslos. Außerdem schaffen zuvor arbeitslose Existenzgründer nicht nur ihren eigenen Arbeitsplatz, sondern geben in bis zu 40 Prozent der Fälle auch anderen Menschen wieder Arbeit.

Wir werden die „neuen Selbstständigen“ verstärkt mit Mikrokrediten finanzieren. Denn die schwarz-gelbe Landesregierung hat es verpasst, eine öffentliche Struktur zur nachfrageorientierten Finanzierung von Existenzgründungen aufzubauen. 70 Prozent aller Gründer benötigen Finanzmittel. Dabei bleiben drei viertel der Gründer innerhalb des Mikrobedarfs von bis zu 25.000 Euro, davon wiederum mehr als die Hälfte im Bereich von unter 5.000 Euro. Da für Banken Unternehmensdarlehen unter 20.000 Euro kaum attraktiv sind, haben die „neuen Selbstständigen“ oft Schwierigkeiten an Kredite zu kommen. Wir werden den Anteil der Landesmittel zur Förderung der Vergabe von Mikrokrediten deutlich erhöhen, damit kleinere unternehmerische Projekte nicht an der Finanzierung scheitern, wenn sie Aussicht auf Erfolg haben. Wir werden dafür sorgen, dass die Persönlichkeit des Unternehmers stärker im Vordergrund steht. Entscheidend für eine positive Entscheidung sind Zuverlässigkeit, unternehmerische Motivation sowie Referenzen aus dem persönlichen Umfeld.

Wir wollen Starthilfe geben und die schwarz-gelbe Gründerblockade überwinden. Denn die schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik im Land verhindert erfolgreiche Neugründungen und trägt dazu bei, dass Baden-Württemberg insbesondere bei den High-Tech-Gründungen im Vergleich der Bundesländer immer weiter abrutscht. Wir schlagen die Einrichtung eines Eigenkapitalfonds mit Mitteln aus den europäischen Strukturfonds vor. Die amtierende Landesregierung lehnt dies ab. Sie legt stattdessen die Hände in den Schoß und nimmt in Kauf,

dass Baden-Württemberg weiter abgehängt wird – diesen Abstieg werden wir aufhalten und Baden-Württemberg wieder zum Gründerland Nummer Eins machen.

Wir werden mehr Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit ermöglichen. Denn wir wollen Arbeit und nicht die Arbeitslosigkeit finanzieren. Gründer bei der Realisierung ihrer Idee zu unterstützen, ist die Umsetzung des sozialdemokratischen Versprechens, den sozialen Aufstieg zu ermöglichen.

Wir werben für eine neue Kultur der Selbstständigkeit.

8. Bezahlbaren Wohnraum fördern, Stadtzentren stärken, Flächen schützen

Das Problem ist für viele Menschen in unserem Land existenziell: Gerade Familien mit kleinem Geldbeutel finden in den Groß- und Universitätsstädten sowie den Wachstumsregionen im Land immer schwerer bezahlbaren Wohnraum. Es müssten jährlich ca. 50 000 Wohneinheiten gebaut werden, um eine angemessene und bezahlbare Wohnraumversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Die schwarz-gelbe Realität sieht anders aus. Seit Jahren liegt die jährliche Fertigstellungsrate deutlich darunter, inzwischen wird nur noch die Hälfte der pro Jahr benötigten Wohnungen gebaut. Die Folge: die Wohnkosten im Land explodieren. Das werden wir ändern. Wir werden die Wohnraumförderung des Landes von knapp 50 auf 100 Millionen Euro im Land verdoppeln. Ein Großteil der Mittel wird in die Förderung des Mietwohnungsbaus fließen, insbesondere in den Groß- und Hochschulstädten. Dadurch wird sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg vor allem für Menschen mit kleinem Geldbeutel

entspannen. Die SPD setzt sich für einen sparsamen Flächenverbrauch ein, der sich an der demografischen Entwicklung orientiert. Städte und Gemeinden müssen ihre Potentiale in der Innenentwicklung ausschöpfen. Unser Ziel ist die Stadt der kurzen Wege. Städtebauliche Förderprogramme werden wir auf die Zielsetzung „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ ausrichten.

9. Verbraucherschutz stärken

Die Verbraucherinnen und Verbraucher können durch selbstbestimmten Konsum den Markt mitgestalten. Die Voraussetzung für bewusste Kaufentscheidungen ist Transparenz. Konsumentinnen und Konsumenten brauchen klare Aussagen über Inhalte, Eigenschaften und Herkunft von Produkten und Dienstleistungen. Wir wollen verständliche und vergleichbare Informationen, die Verbraucherinnen und Verbrauchern im Alltag helfen und ihre Position gegenüber den Anbietern stärken. Transparenz dient nicht nur den Konsumentinnen und Konsumenten, sondern auch den verantwortungsvoll handelnden Unternehmen. Aktiver Verbraucherschutz ist für uns damit ein zentraler Teil einer Wirtschaftspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt des Handelns stellt.

Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf Information und Schutz vor wirtschaftlichem und gesundheitlichem Schaden, und dieser Informationsbedarf steigt. Hintergrund sind Globalisierung der Wirtschaft und die damit verbundene Vielfalt des Angebotes an Waren und Dienstleistungen sowie die Liberalisierung von für die Bürgerinnen und Bürger lebenswichtigen Versorgungsbereichen. Wir brauchen in Baden-Württemberg eine leistungsfähige Beratungsinfrastruktur. Gerade bei beratungsintensiven Themen wie beispielsweise Alters-

vorsorge, Versicherungen oder Baufinanzierung ist eine persönliche Beratung unerlässlich. Wir werden deshalb die Anzahl der unabhängigen Verbraucherberatungsstellen erhöhen.

Telefon-Abzocke oder Abo-Fallen im Internet als Beispiele verbraucher-schädlichen Verhaltens sind gesetzlich zu verbieten. Denn die bisherigen Gesetze bei der Bekämpfung unlauterer Geschäftsmethoden in diesen Bereichen reichen nicht aus.

Für Internetgeschäfte streben wir die sogenannte Button-Lösung an, bei der ein Geschäft erst dann zustande kommt, wenn der Kunde eine Benachrichtigung mit klar erkennbaren Kosten und Leistungen erhält und in dieser einen Bestätigungsbutton anklicken muss. In Frankreich funktioniert diese Lösung bereits seit Jahren.

Die Finanzkrise 2009 hat deutlich gemacht, wie wichtig auch eine vom Anbieter unabhängige Beratung bei Finanzprodukten der Banken ist. Wir werden uns für eine verbesserte Kennzeichnung von Produkten, deren Kontrolle, besonders aber für eine Verstärkung der anbieterunabhängigen Beratung einsetzen.

Die Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre hat die Weichen im Gesundheitswesen in Richtung mehr Wettbewerb und Wahlfreiheit gestellt. Patientinnen und Patienten müssen Entscheidungen über Igel (Individuelle Gesundheitsleistungen), die Wahl ihrer Krankenkasse und verschreibungsfreier Medikamente treffen und sich immer stärker an den Kosten beteiligen. Neben dem Einsatz für bessere Verbraucherrechte im Gesundheitsmarkt werden wir es der Verbraucherzentrale BW ermöglichen, unabhängige Informationen bereitzustellen sowie Rechtsverstößen von Gesundheitsdienstleistern entgegen-treten zu können.

Verbraucherinnen und Verbraucher können mit ihren täglichen Konsumentscheidungen zum Klimaschutz beitragen. Um klimaverträglichen Konsum zu unterstützen, müssen leicht verständliche Informationen bereitgestellt werden. Wir werden den klimaverträglichen privaten Konsum durch eine Informations- und Bildungs-offensive fördern und irreführenden Werbemethoden entschieden entgegen-treten.

Die Förderung von Verbraucherbildung – insbesondere bei Kindern und Jugendlichen – ist der Schlüssel für eine soziale und ökonomische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Grundlage dafür, sich selbstbestimmt und verantwortungsvoll im Konsumalltag zu bewegen. Die tägliche Praxis ist aber allzu oft von einem lockeren Umgang mit privaten Daten, der unüberlegten Unterschrift unter einen Handyvertrag oder falsche Essgewohnheiten gekennzeichnet. In immer mehr Familien werden Basiskompetenzen nicht mehr vermittelt. Wir werden deshalb Verbraucherbildungsangebote für mehr Konsumkompetenz in der Schule verstärken.

Und auch die Gammelfleischskandale haben gezeigt, dass Verbraucheraufklärung, staatliche Kontrollen und eine möglichst weitgehende Informationsfreiheit der Verbraucher unverzichtbar sind. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat hier Ankündigungen keine Taten folgen lassen. In der Lebensmittelkontrolle und sonstigen Überwachung von Produkten werden wir die zusätzlichen 60 Stellen schaffen, die die derzeitige Landesregierung selbst als Bedarf errechnet hat.

Wir werden das Qualitätszeichen Baden-Württemberg zu einem verlässlichen Gütesiegel machen. Dazu gehört auch die Kennzeichnung „ohne Gentechnik“, deren Kriterien auf Betreiben der SPD im Deutschen Bundestag durchgesetzt wurden. Wo „ohne Gentechnik“ draufsteht, darf auch keine Gentechnik drin sein.

10. Den ländlichen Raum stärken

Baden-Württemberg ist reich an wundervollen Naturräumen und historischen Kulturlandschaften. Aber auch der ländliche Raum zeichnet sich durch leistungsfähige Industriestrukturen und einen wachsenden Dienstleistungssektor aus. Daraus ergeben sich für den ländlichen Raum große Herausforderungen, denen wir begegnen werden. Einerseits gilt es, landschaftliche Vielfalt zu bewahren. Andererseits gilt es, den Benachteiligungen aufgrund der geringeren Siedlungsdichte und angesichts der sich abzeichnenden demografischen Veränderungen entgegenzuwirken. Deshalb werden wir besondere Anstrengungen unternehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes im Bereich der Verkehrswege, beim schnellen Internet und bei der Vielfalt und Qualität der Bildungsangebote auch in Zukunft zu erhalten. Das gleiche gilt für eine flächendeckende Gesundheits- und Ärzteversorgung.

11. Für eine ökologische Landwirtschaft ohne Gentechnik

Wir werden Arbeitsplätze auf dem Land und eine nachhaltige Landwirtschaft sichern. Das geht nur mit wettbewerbsfähigen Betrieben. Auch Landwirte müssen von ihrer harten Arbeit leben können. Wir streben eine Landwirtschaft an, in der die bäuerlichen Betriebe Lebensmittel, Rohstoffe und Energie erzeugen und sich, wo dies sinnvoll ist, in den Natur- und Landschaftsschutz einbringen.

Wir werden die Position der Landwirte durch einen möglichst großen Anteil an der Wertschöpfungskette und durch Direktvermarktung oder genossenschaftliche Vertriebsformen stärken. Zur Qualität gehören auch der Tierschutz sowie ökologisch vertragliche und nachhaltige Produktionsbedingungen.

Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb sind gleiche Standards. Wir treten für eine Harmonisierung der Umwelt- und Tierschutz-Standards auf dem hohen deutschen Niveau ein.

Wir fördern einen verstärkten Ausbau des ökologischen Landbaus, weil er eine besonders nachhaltige und naturverträgliche Art der Landwirtschaft darstellt. Er ist besonders arbeitsintensiv und birgt vielfältige Wertschöpfungspotentiale. Seine Produkte genießen eine hohe Wertschätzung in der Bevölkerung, und die Nachfrage übersteigt das heimische Angebot. Wir werden eine Umlenkung von Fördermitteln vor allem auf kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe vornehmen, die den Zielen des integrativen Naturschutzes genügen.

Wir unterstützen Bauern und Verbraucher: Wir wollen eine baden-württembergische Landwirtschaft ohne Gentechnik. Dazu wollen wir, sobald dies rechtlich möglich ist und Berlin den gesetzlichen Rahmen dafür geschaffen hat, die Ausbringung von gentechnisch verändertem Saatgut verbieten.

12. Den Naturschutz stärken – biologische Vielfalt erhalten

Wir werden durch integrativen Naturschutz ein Gleichgewicht zwischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriterien herstellen. Dabei bedarf es Maßnahmen in allen Landesteilen, nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in den Städten und Ballungsräumen. Dazu gehören die Finanzierung und Realisierung der Natura 2000-Flächen, die Umsetzung des Biotopverbundplanes, sowie die Erweiterung und Neuausweisung von Naturschutzgebieten. Die bestehenden Naturparks wollen wir stärker auf den Naturschutz ausrichten. Zudem muss das Land endlich ein Großschutzgebiet im Schwarzwald entwickeln. Dafür werden wir den Grundstein legen.

Wir setzen uns für eine naturnahe Waldwirtschaft und für den Schutz von Mooren und Torflagerstätten ein. Wir werden unsere Wälder stabilisieren und widerstandsfähiger machen gegen Luftschadstoffe und die negativen Effekte des Klimawandels. Die naturnahe Waldwirtschaft dient der Holzproduktion, der sicheren Wasserversorgung, dem Bodenschutz, der Luftqualität und der Biodiversität. Die staatliche Forstverwaltung werden wir entsprechend verstärken. Wir werden das Jagdrecht novellieren: Jäger sollen den Wildbestand so regulieren, dass die Begründung naturnaher Mischbestände ohne Schutzmaßnahmen möglich ist.

Der Hochwasserschutz im Land ist chronisch unterfinanziert. Bei der Erfüllung der Hochwasserschutzmaßnahmen des Integrierten Rheinprogramms (IRP) hinkt Baden-Württemberg um Jahre hinterher. Wir werden die Umsetzung des IRP beschleunigen und den Hochwasserschutz im Land deutlich verbessern. Hierzu werden wir die Finanzmittel erhöhen und die Planungen im Dialog mit der betroffenen Bevölkerung offensiver vorantreiben.

13. Tourismus für die Menschen

Der Fremdenverkehr ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Baden-Württemberg. Rund 280 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hier sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Der Jahresumsatz der Branche beträgt 15,5 Mrd. Euro. Die Tourismusbranche im Land steht allerdings vor Herausforderungen, die sie rasch bewältigen muss, um im Wettbewerb auch mit den anderen Bundesländern weiter vorne mitspielen zu können.

Wir werden Investitionen in Heilbäder und Kurorte nicht weiter reduzieren und die Fremdenverkehrspauschale für Kurorte, bezogen auf die Übernachtungszahlen, dauerhaft sichern. Eine florierende Tourismusentwicklung in den Heilbädern und Kurorten ist für das Bäderland Baden-Württemberg und seine Arbeitsplätze von größter Bedeutung.

Wir werden den Regionalgedanken im Tourismus stärken. Eine Vermarktung im Kleinklein der Kreisgrenzen hat mit Blick auf die Serviceerwartungen der Gäste und Kunden keine Zukunft mehr. Die Konzepte liegen auf dem Tisch. Jetzt geht es darum, die vorhandenen Ideen rasch in die Tat umzusetzen.

„Zählt nur meine Stimme oder auch MEINE MEINUNG?“



Den Menschen vor Ort vertrauen.
Volksabstimmungen viel einfacher machen.
Bei allen kommunalen Großprojekten.

www.WarumSPD.de/Demokratie



VI. Für ein starkes Baden-Württemberg – Durch einen handlungsfähigen Staat zu mehr Gerechtigkeit

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Wir wissen: Um unser Land gerechter zu machen, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Die Grundlage dafür sind ausreichende und verlässliche Einnahmen. Wir wollen heute nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben, deshalb werden wir den Landeshaushalt konsolidieren. Das ist ein Gebot der Solidarität gegenüber unseren Kindern. Gleichzeitig dürfen wir ihnen keine marode Infrastruktur hinterlassen. Wir werden daher die Verschuldung der öffentlichen Haushalte senken und zugleich mehr in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren.

Die Grundvoraussetzung dafür ist Ehrlichkeit: Wir werden nichts versprechen, was wir nicht halten können. Das bedeutet auch, dass unsere Vorstellungen angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten, denen wir uns in Europa und weltweit gegenübersehen, unter einem allgemeinen Finanzierungsvorbehalt stehen. Nach fast sechs Jahrzehnten CDU-Regierung werden wir die volle Wahrheit über den Zustand der Landesfinanzen an den Tag bringen und verdeckte Schulden über eine Vermögensbilanz des Landes transparent machen.

1. Konsolidieren und Investieren

Baden-Württemberg hat das Verbot der Nettoneuverschuldung gesetzlich festgeschrieben. Die haushaltspolitische Realität ist eine andere. Die Finanzplanung der Landesregierung sieht neue Schulden in Milliardenhöhe vor. Um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten, fehlen dem Landeshaushalt rund zehn Prozent des Haushaltsvolumens, das durch Mehreinnahmen oder Einsparungen gedeckt werden muss. Unser Land steht zudem vor einem gewaltigen Sanierungsstau an den landeseigenen Gebäuden einschließlich der Hochschulen, Unikliniken und Landesstraßen in Höhe von derzeit rund acht Milliarden

Euro. Hinzu kommen die stark steigenden finanziellen Belastungen aufgrund steigender Pensionsausgaben.

Angesichts dieser schwierigen Finanzlage des Landes kann die Konsolidierung des Haushalts nicht allein durch Ausgabenkürzungen gelingen. Unser Land braucht wie auch unsere Städte und Gemeinden höhere und verlässliche Steuereinnahmen. Um es klar zu sagen: Wer auf absehbare Zeit Steuersenkungen verspricht, ist nicht ehrlich zu den Menschen.

2. Steuergerechtigkeit verwirklichen

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Deshalb setzen wir uns für die Einführung einer Vermögensteuer auf große Privatvermögen ein. Deren Aufkommen muss den Ländern zu Gute kommen, um insbesondere die Erreichung bildungspolitischer Ziele zu finanzieren. Die Länder selbst müssen die Hebesätze festlegen können. Es gibt nur wenige führende Industriestaaten, die von ihren wohlhabenden Bürgern keine Vermögensteuer erheben, wie das in Deutschland auf Betreiben von CDU und FDP seit einigen Jahren der Fall ist. Das wollen wir ändern und für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Die Bemessungsgrundlage der Erbschaftsteuer wollen wir in einer Weise verbreitern, die insbesondere die Verantwortung von Erben großer Vermögen für die Finanzierung des Gemeinwesens betont. Wir werden im Bundesrat für eine solide und gerechte Finanzierungen des Staates eintreten: Neben großen Vermögen und Erbschaften müssen auch hohe Einkommen einen größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Deshalb ist es notwendig, den Spitzensteuersatz

zu erhöhen. Dieser soll allerdings erst ab einem deutlich höheren zu versteuernden Einkommen verlangt werden als bisher. Zudem wollen wir die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer verbreitern und weitere Steuerschlupflöcher schließen. Wir wollen Gerechtigkeit bei der Besteuerung der Unternehmen schaffen. Dies verlangt die Eingrenzung der Gestaltungsmöglichkeiten bei der Körperschaftsteuer, der größtenteils mittlere und größere Unternehmen, insbesondere weltumspannende Konzerne, unterliegen, die infolge des internationalen Steuerwettbewerbs in den vergangenen Jahren entstanden sind. Damit erhöht sich der Anteil an der Körperschaftsteuer auch für Baden-Württemberg und hilft dabei, das finanzpolitische Hauptziel im Rahmen der Schuldenbremse – Konsolidierung – zu erreichen.

Normal- und Geringverdiener, Facharbeiterinnen und Facharbeiter sowie ihre Familien wollen wir im Rahmen einer umfassenden Steuer- und Abgabenreform entlasten. Mit einer Finanztransaktionssteuer wollen wir einerseits die Einnahmen für die Bundesländer verbessern, andererseits überbordender Spekulation begegnen.

Sowohl finanziell als auch wirtschaftlich hatte die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007/2008 große Auswirkungen auf Baden-Württemberg. Direkt oder indirekt belasten die finanziellen Rettungspakete der Bundesregierung bzw. der Europäischen Union auch den Landeshaushalt. Wir werden uns im Zusammenwirken mit anderen Ländern im Bundesrat für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte einsetzen. Dazu gehört die Erhöhung der Eigenkapitalquote von Banken, mehr Eigenverantwortung der Vorstände und Manager, die Ausrichtung ihrer Vergütung am langfristigen Unternehmenserfolg, die Änderung der Geschäftsmodelle beim Umgang mit strukturierten Wertpapieren und die Regulierung von Rating-Agenturen.

3. Steuerkriminalität bekämpfen

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat bei der Bekämpfung der Steuerkriminalität versagt. Eine wichtige Ursache: Die Steuerverwaltung wird durch beständigen Personalabbau so geschwächt, dass sie die Steuerkriminalität immer weniger effektiv bekämpfen kann. Baden-Württemberg ist hier leider ein Vorreiter. CDU und FDP haben in den vergangenen zehn Jahren bei der Steuerverwaltung des Landes jede siebte Stelle abgebaut – etwa 2 000 insgesamt. Der Schaden für unser Gemeinwesen ist immens. Die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler fühlen sich von der Regierung allein gelassen.

Auch mit ihrer Entscheidung, keine Steuerdateien über Geldanlagen von Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern im Ausland zu kaufen und damit im Ergebnis Steuerkriminalität zu schützen, hat die Landesregierung den Menschen ein fatales Signal gegeben. CDU und FDP haben damit der Steuergerechtigkeit in Baden-Württemberg massiv geschadet.

Wir werden für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Dafür braucht unser Land mehr Personal insbesondere bei den Betriebsprüferinnen und -prüfern sowie den Steuerfahnderinnen und -fahndern. Sie bringen mehr ein als sie kosten. Jährlich werden in Deutschland und Europa Milliarden an Umsatzsteuer hinterzogen. Auf europäischer Ebene sind vor allem Karussellgeschäfte dafür verantwortlich. Auf nationaler Ebene werden durch Scheinrechnungen/Abdeckrechnung Milliarden an Umsatzsteuer hinterzogen. Dem könnte man Abhilfe schaffen, entweder durch Änderung des Umsatzsteuerrechts auf nationaler und europäischer Ebene (indem die Vorsteuer erst dann erstattet werden kann, wenn die Umsatzsteuer nachweislich an das Finanzamt entrichtet wurde), der IST-Versteuerung oder durch das Reverse-Charge-Verfahren. Die Landesregierung wird sich im Bundesrat und der EU dafür einsetzen, mit Hilfe dieser Verfahren dem Umsatzsteuerbetrug zu begegnen.

Für Aufgaben wie beispielsweise die Bekämpfung grenzüberschreitenden Umsatzsteuerbetrugs muss jedoch eine Bundessteuerverwaltung eingerichtet werden. Vor allem braucht es aber eine Regierung, die auch den politischen Willen hat, Steuersünder zu bestrafen, damit der ehrliche Bürger am Ende nicht der Dumme ist.

4. Mutig umschichten – in die Zukunft investieren

Finanzpolitik und Haushaltspolitik erfordern stetige Neujustierung und Aufgabenkritik. Verkrustungen sind teuer, etwa die kleinteilige Verwaltungshierarchie in Baden-Württemberg. Neben den kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten, den Landkreisen, den Regional- und Raumordnungsverbänden gibt es noch die Regierungsbezirke mit den Regierungspräsidien und die Landesministerien. Hier streben wir eine Entbürokratisierung und eine deutliche Vereinfachung und Straffung von Verwaltungsverfahren an. Während sehr viele Lehrerstellen fehlen bzw. unbesetzt bleiben, während die Arbeitsbelastung bei der Polizei ihre Grenzen bereits überschritten hat, ist eine dieser Verwaltungsebenen verzichtbar. Die bisherigen Aufgaben der Regierungspräsidien können sehr viel effizienter auf kommunaler und Landesebene erbracht werden.

Deshalb werden wir die Aufgaben sinnvoll zwischen Landesministerien, Landkreisen und Gemeinden aufteilen. Die Landkreise werden hierfür zu mehr Bürgernähe angehalten, indem die Landräte direkt gewählt werden und die Kreisparlamente zu echten „BürgerInnenparlamenten“ werden.

In Zukunft sollen Regionalkreise die Aufgaben von Regierungspräsidien und Landkreisen übernehmen. Gleichzeitig soll die kommunale Ebene mehr Kompetenzen erhalten.

Auf diese Weise lassen sich Personalkosten dort sinnvoll einsetzen, wo sie dringend gebraucht werden: nicht für unnötige Verwaltungsstrukturen, sondern für Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch für Schülerinnen und Schüler. So wollen wir moderne Verwaltung mit Zukunftsinvestitionen in unsere Kinder kombinieren.

Allein durch eine Optimierung von EDV und Organisation der Landesverwaltung lassen sich nach einer Untersuchung des Rechnungshofs jährlich 50 Millionen Euro einsparen.

Die Unternehmensbeteiligungen des Landes erfüllen eine wichtige finanzwirtschaftliche und strategische Funktion. Eine Privatisierung der verbleibenden großen Beteiligungen des Landes lehnen wir ab. Wir werden so das Vermögen aller Bürgerinnen und Bürger erhalten und schützen. Die Managergehälter bei Landesunternehmen werden wir offen legen. Solange die LBBW vom Land gestützt werden muss, werden wir die Vorstandsgehälter dort auf 500.000 Euro begrenzen sowie Ruhestandszusagen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Wir wollen die Anzahl der Landesbanken auf das notwendige Minimum reduzieren und ihre Geschäftsmodelle wieder auf die Kernbereiche ihres öffentlichen Auftrags, etwa in der Staats- und Kommunalfinanzierung sowie in der Mittelstandsorientierung, ausrichten. Die mit enormen Risiken verbundenen Aktivitäten der Landesbank Baden-Württemberg im Investmentbanking wollen wir untersagen.

Wir werden bei künftigen Neueinstellungen die Beamtenstellen auf den streng hoheitlichen Bereich beschränken. Wie in Rheinland-Pfalz soll in Zukunft für jede neu eingestellte Beamtin und jeden neu eingestellten Beamten eine volle Versorgungsrücklage eingestellt werden. Die derzeitige Regelung des Landes deckt nicht einmal die Hälfte der realen Versorgungsverpflichtungen ab. Diese Lücke wollen wir schließen.

Noch immer entfallen mehr als 70 Prozent der Subventionen des Landes auf den Bereich Landwirtschaft. Und das obwohl sich in den letzten 20 Jahren die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe halbiert hat. Wir werden eine maßvolle Reduzierung und ein umsichtiges Umlenken der Fördermittel des Landes in Zukunftstechnologien und zugunsten von Bildung verwirklichen.

5. Unsere Kommunen stärken

Die Kommunen sind die Keimzellen unserer Demokratie. Hier erleben die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar die Ergebnisse politischer Entscheidungen. Und gerade hier spüren sie, welche Lücken die schwarz-gelbe Klientelpolitik vor Ort gerissen hat. Der Gemeindefinanzbericht erwartet für 2010 ein Defizit von 2,3 Milliarden Euro.

Wir wenden uns gegen die erneute Kürzung im kommunalen Finanzausgleich. Dadurch fehlen den Gemeinden und Städten in Baden-Württemberg auch 2011 erneut rund 40 Euro pro Einwohner bei den Finanzzuweisungen des Landes. Für dieses finanzielle Sonderopfer der Kommunen gibt es keine Begründung. Die schwarz-gelbe Landesregierung lässt die Kommunen bei den zentralen Aufgaben, die in den nächsten Jahren anstehen, allein. Das werden wir ändern.

Bei der Kinderbetreuung wollen wir die Förderung deutlich aufstocken, damit die Gemeinden und Städte die angestrebten Ziele auch tatsächlich erreichen können. Außerdem werden wir die Kommunen bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit nicht im Stich lassen.

Wir werden die kommunalen Finanzen sichern. Neue Belastungen der Kommunen dürfen nicht mehr ohne finanziellen Ausgleich beschlossen werden. Wir werden das Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, bezahlt“ strikt beachten. Die Abschaffung der Gewerbesteuer lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer unter Einbeziehung der Freiberufler ausbauen. Die Grundsteuer soll beispielsweise durch die Orientierung an den Verkehrswerten der Grundstücke weiter entwickelt werden.

Für eine nachhaltige soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung unseres Landes werden wir in allen Regionen Baden-Württembergs entsprechend der Bedürfnisse vor Ort mit europäischen Fördermitteln investieren. Dazu werden die Ko-Finanzierungsprogramme beibehalten und ausgeschöpft. Dabei werden wir die Finanzierungshilfen nach den Interessen vor Ort ausrichten, die Städte und Gemeinden in die Planung einbeziehen und Raum für örtliche Entscheidungen schaffen. Die bürokratischen Hemmnisse werden wir abbauen und die Absprachen zwischen den zuständigen Ministerien verbessern. Damit entsprechen wir dem Motto: „Europäisch denken, lokal handeln“.

Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossene Kürzung des Bund-Länder-Programmes „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ wieder rückgängig zu machen. Die anteiligen Landesmittel werden wir für 2011 und die Folgejahre sowohl für baulich-infrastrukturelle als auch sozial-integrative Maßnahmen zur Verfügung stellen.

6. Stärkung des kommunalpolitischen Ehrenamts

Ehrenamtliche Kommunalpolitik ist der Grundstein unserer repräsentativen Demokratie und unserer Bürgergesellschaft. Sie ist Bestandteil und Garant für die kommunale Verankerung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Um ehrenamtliches Engagement und unsere demokratische Gesellschaft zu sichern und zu fördern, muss die ehrenamtliche Kommunalpolitik als Motor des Ehrenamts und der Demokratie weiterentwickelt und gepflegt werden, damit sie auch zukünftige Herausforderungen bewältigen kann.

Teil dieser Anerkennungskultur muss es sein, dass ehrenamtliche Kommunalpolitiker von ihrer beruflichen Tätigkeit für die Ausübung des Mandats freigestellt werden und dies in Betrieben nicht nur „geduldet“, sondern als betrieblicher Beitrag zum Gemeinwohl verstanden und gefördert wird. Auch muss ein kommunales Mandat mit familiären Aufgaben wie Kinderbetreuung oder Pflegearbeit in Einklang zu bringen sein, z. B. durch Betreuungsangebote, die Erstattung von Auslagen oder familienfreundliche Sitzungstermine. Diese Maßnahmen sollen auch dazu beitragen, den Anteil von Frauen in baden-württembergischen Kommunalgremien zu erhöhen.

7. Keine Privatisierung der Daseinsvorsorge

Wir wollen in Baden-Württemberg eine leistungsfähige Daseinsvorsorge im Dienste der Bürger sichern. Im Gegensatz zur noch amtierenden Landesregierung werden wir den landespolitischen Spielraum nutzen, um die Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand zu halten. Wir wenden uns entschieden gegen Tendenzen auf europäischer Ebene, die zu hohem Liberalisierungszwang und Privatisierungsdruck bei kommunalen öffentlichen Dienstleistungen führen. Die nationalen Besonderheiten und Traditionen in diesem Bereich sind historisch gewachsen und für ein soziales und demokratisches Gemeinwesen unverzichtbar. Sie gehören zum Subsidiaritätsbereich der Nationalstaaten und Regionen, die den Kernbereich der EU nicht betreffen.

8. Länderfinanzausgleich neu gestalten

Der Finanzausgleich muss neu geregelt werden und die Interessen von Baden-Württemberg stärker als bisher berücksichtigen. Doch der Vorstoß der Landesregierung ist nur berechnendes Wahlkampfgetöse – schließlich hat sie den derzeit gültigen Länderfinanzausgleich von 2001 mit ausgehandelt und beschlossen. Wir wollen die Position Baden-Württembergs stärken, ohne die Solidarität der Länder in Frage zu stellen. Und vor allem wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenken. Zu lange haben CDU und FDP mit leeren Versprechungen Wahlkampf gemacht.

„Wir brauchen
Arbeit, von
der man **GUT**
LEBEN kann.“



Mindestlöhne und Festanstellungen helfen allen.
Öffentliche Aufträge nur noch an faire Unternehmen.
Handwerk und Mittelstand fördern.

www.WarumSPD.de/Wirtschaft



VII. Für ein sicheres Baden-Württemberg – Sicherheit und Freiheit schützen

Sicherheit und Freiheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst, doch auch in Zeiten neuer Bedrohungen und gestiegener Terrorgefahr darf man nicht vergessen: Nicht die Verteidigung der Bürgerrechte bedarf der Rechtfertigung, sondern deren Einschränkung.

1. Sicherheit schaffen, Personalabbau stoppen

Mit der SPD wird es keine Sicherheitspolitik nach Kassenlage geben. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger genießt absolute Priorität. Die Landesregierung hat gleich nach dem Ende der großen Koalition im Jahr 1996 begonnen, kontinuierlich Personal bei der Polizei abzubauen. Waren im Jahr 1996 noch über 24 600 Polizisten im Vollzugsdienst, so sind es im Jahr 2011 weniger als 20 000. Die Zahl der Einwohner, für die ein Polizist statistisch gesehen zuständig ist, hat sich von 425 im Jahr 2000 auf 453 im Jahr 2011 erhöht. Auch im Nichtvollzugsdienst hat die Landesregierung im Rahmen ihrer Einsparmaßnahmen gut 10 Prozent des Personals eingespart, ohne allerdings entsprechend Aufgaben abzubauen.

Die Folgen dieser Personalentwicklung, die Mitte der 2000er Jahre mit der Schließung zahlreicher Polizeiposten einherging, sehen wir heute. Wir sind uns mit den Menschen in Baden-Württemberg einig: Der Abbau muss gestoppt werden. Nur wenn sich die Bürgerinnen und Bürger ohne Angst vor Gewalt und Kriminalität bewegen können, fühlen sie sich sicher. Die Annahme, dass härtere Gesetze eine höhere Sicherheit bedeuten, ist falsch. Vielmehr: Es mangelt an Personal. Wir werden die Polizeipräsenz in der Fläche verbessern, Postenschließungen wo nötig rückgängig machen und unsere Polizeireviere angemessen mit Personal ausstatten.

Die SPD wird bei Demonstrationen und ähnlichen Großveranstaltungen die Einführung einer individualisierten anonymisierten Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten auf deren Einsatzanzügen einführen. Dies erfolgt durch eine Verankerung im Polizeigesetz Baden-Württemberg. Durch eine Initiative im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, dass dies für alle Einsatzkräfte gilt, die in Baden-Württemberg tätig sind. Wir stehen für die grundgesetzlich garantierte Versammlungsfreiheit. Die konsequente Anwendung des geltenden Versammlungs- und Polizeirechts ermöglicht bereits in ausreichendem Maße das Einschreiten gegen einen möglichen Missbrauch der Versammlungsfreiheit.

Den Bürgerinnen und Bürgern muss der Zugang zur Justiz und das Recht auf ein faires Verfahren gewährleistet werden. Das Vertrauen in die Arbeit der Gerichte ist eine Grundlage für das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat. Überlange gerichtliche Verfahrensdauern und die Überlastung der Justiz sind untragbar. Daher müssen die Stellen in der Justiz entsprechend aufgestockt werden.

Im Vollzugsdienst muss sichergestellt werden, dass früh genug mit der Ausbildung von ausreichend Polizeianwärterinnen und -anwärttern begonnen wird, um die anstehende Pensionierungswelle auszugleichen. Hierzu wollen wir vor allem den Stellenabbau stoppen. Der Nichtvollzugsdienst braucht sofortige Neueinstellungen, damit der Vollzugsdienst sich wieder auf seine originären Aufgaben konzentrieren kann. Das Heraufsetzen der Altersgrenze lehnen wir ab.

Eine besondere Rolle spielt die Polizei bei dem Ziel, mehr Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst einzustellen. Baden-Württemberg hat mit dieser Möglichkeit sehr gute Erfahrungen gemacht, und wir wollen diese besondere Personalentwicklung ausbauen.

2. Sicherheit bleibt öffentliche Aufgabe

Wir lehnen die Übertragung von Aufgaben im Bereich der öffentlichen Sicherheit auf private Sicherheitsdienste ab. Hoheitliche Aufgaben dürfen nur von Beamten wahrgenommen werden. Private Sicherheitsdienste haben keinerlei mit der Polizei vergleichbare Befugnisse und erzeugen damit in den Augen der Bürger eine Sicherheit, die sie tatsächlich gar nicht gewährleisten können – und dürfen. Ebenso ist der Justizvollzug eine staatliche Aufgabe. Wir lehnen deshalb die Privatisierung von Gefängnissen in Baden-Württemberg ab.

3. Die Lehren von Winnenden und Wendlingen

Die schreckliche Erfahrung vieler Amokläufe – darunter auch jener am 11. März 2009 in Winnenden und Wendlingen – und auch vieler Familientragödien ist, dass die Durchführung solcher Bluttaten mit legalen Waffen im Privatbesitz erfolgt. Die Gesellschaft muss alles tun, um das Risiko solcher Untaten weiter zu reduzieren. Wir streben ein generelles Verbot von großkalibrigen Waffen für Privatpersonen an. Außerdem muss strenger kontrolliert werden, wer überhaupt eine Waffe besitzen darf. Hierfür brauchen wir sowohl eine Verschärfung des Waffenrechts als auch bessere Kontrollmöglichkeiten für die Waffenbehörden. Waffen und Munition sollen in Zukunft an getrennt gesicherten Orten aufzubewahren sein. Wir treten außerdem dafür ein, dass scharfe Munition nicht im Privathaushalt aufbewahrt werden darf.

4. Feuerwehren unterstützen

Die Feuerwehren in Baden-Württemberg leisten hervorragende Arbeit. Das ehrenamtliche Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren ist

durch nichts zu ersetzen. Unter dem Einsatz des eigenen Lebens und ihrer Gesundheit setzen sich über hunderttausend Freiwillige für unsere Gesellschaft ein. Aber auch unsere Feuerwehren sehen sich großen Herausforderungen gegenüber. Wir wollen sie dabei unterstützen, die Veränderungen durch den demografischen Wandel zu gestalten. Den Anteil von Frauen und von Migrantinnen und Migranten gilt es zu erhöhen. Im Bereich der Berufsfeuerwehr lehnen wir das Heraufsetzen der Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre ab.

5. Daten schützen, Menschen stärken

Wir wollen bürgernahen, unabhängigen und effektiven Datenschutz. Der Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts hat gerade im digitalen Zeitalter besondere Bedeutung. Hierfür muss das Datenschutzrecht an die Gegebenheiten der globalen Netzwelt angepasst werden. Wir werden für ein grundsätzliches Verbot der sachfremden Weitergabe personenbezogener Daten eintreten.

Wir werden den Landesdatenschutzbeauftragten stärken und den Datenschutz für den öffentlichen und den privaten Bereich unter seiner Führung in einer „ministerialfreien Datenschutzbehörde“ bündeln und diese künftig als oberste Landesbehörde direkt an den Landtag angliedern. Der Landesdatenschutzbeauftragte soll unmittelbar vom Parlament gewählt werden und dem Parlament gegenüber umfassend rechenschaftspflichtig sein.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen besonderen Schutz. Die bisherigen Regelungen zum Datenschutz am Arbeitsplatz sind weit gestreut und unübersichtlich. Deshalb fordern wir vom Bundgesetzgeber ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, um Rechtssicherheit und Transparenz herzustellen sowie Regelungslücken

zu schließen. Das gilt insbesondere bei der Videoüberwachung, der Überwachung von E-Mails, der Kontrolle der Internetnutzung am Arbeitsplatz, beim Detektiveinsatz gegenüber Beschäftigten und beim Informantenschutz. Darüber hinaus sind Regelungen für die erzwungene „freiwillige“ Einwilligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in umfassende Erhebungen und Verarbeitung von Daten durch Arbeitgeber erforderlich. Im Fall von Verstößen müssen wirksame Sanktionsmöglichkeiten bestehen. Schwarz-Gelb hat auch in dieser Frage bislang versagt.

6. Sicher im Netz

Das deutsche Strafrecht gilt auch im Internet. Das Problem liegt häufig in der Durchsetzung. Die Justiz benötigt für den Online-Bereich mehr Richterinnen und Richter sowie mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die Polizei mehr Ermittlerinnen und Ermittler. Wir werden sie für eine effektive Verfolgung von Online-Kriminalität ausreichend ausstatten.

7. Gemeinsam gegen Rechts

Rechtsextremismus ist auch ein baden-württembergisches Problem. Unser Land erlebt ein kontinuierliches Erstarken der rechtsextremen NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) in Baden-Württemberg. Die rechtsextremistische Szene erprobt neue strategische Ansätze, die neue Gegenstrategien notwendig machen. Die Landesregierung lässt bisher jegliche Antwort auf die Frage vermissen, wie man diesen Entwicklungen wirksam und nachhaltig entgegenzutreten kann.

Andere Teile der extrem rechten Szene bewegen sich in einer Grauzone zwischen radikalem Nationalismus und demokratisch-rechtskonservativen Positionen und versuchen gezielt, extremistisches Gedankengut salonfähig zu machen. Das Studienzentrum Weikersheim hatte im November 2010 einen international vernetzten Rechtsextremisten als Referenten geladen. Dieser CDU-nahe Think Tank verweigerte damit wiederholt eine klare und glaubhafte Abgrenzung zum organisierten Rechtsextremismus.

Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, im Kampf gegen Rechtsextremismus gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Dazu gehört die gemeinsame Vorbereitung eines neuen NPD-Verbotsverfahren. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass die NPD von Parteiprivilegien profitiert und ihre menschenfeindliche und menschenverachtende Politik mit Steuergeldern finanziert. Jegliche Form der Verharmlosung oder Gleichsetzung mit anderen Formen des Extremismus lehnen wir ab.

Neben einem konsequenten repressiven Vorgehen gegen rechtsextremistische Gruppierungen, wollen wir dem Rechtsextremismus durch Prävention den Nährboden entziehen. Die Bestrebungen der schwarz-gelben Bundesregierung, erfolgreich arbeitende Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus in allgemeine Programme gegen Extremismus umzuwidmen, sind falsch und gefährden deren Erfolg. Die SPD will die Projektträger vor Ort stärken, also genau dort helfen, wo man sich direkt mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen auseinandersetzt. Demokratie braucht starke Demokratinnen und Demokraten. Wir setzen auf eine verbesserte Demokratieerziehung in der Schule, die demokratische Werte frühzeitig erfahrbar und erlernbar macht.

„Welche SPRACHE spricht Integration?“



Miteinander leben und arbeiten funktioniert.
Wenn Deutschkenntnisse gefördert werden.
Und Bildung für wirklich alle erreichbar ist.

www.WarumSPD.de/Integration



VIII. Für ein spannendes Baden-Württemberg – Weltoffen und kreativ in die Zukunft

Kultur ist Ausdruck einer offenen Gesellschaft. Politik muss geeignete Rahmenbedingungen schaffen, um sie zu ermöglichen – auch für Kunstsparten, die sich alleine am Markt nicht behaupten können.

Wir werden Kunst und Kultur verlässlich fördern, insbesondere auch die freie Kulturszene. Kunst und Kultur sind für alle da. Sie dürfen kein Luxus für wenige sein, deshalb werden wir sie für alle erreichbar und zugänglich halten. Jeden staatlichen Kulturzentrismus lehnen wir ab. Denn kulturelle Vielfalt macht unser Land spannend und lebenswert, in den urbanen Zentren ebenso wie in kleineren Städten oder im ländlichen Raum. Unser Land ist geprägt von einer einmaligen Dichte und Qualität von Museen, Theatern, Orchestern, Kleinkunst, freien Kulturinitiativen und vielem mehr. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen in unserem Land das kreative und weltoffene Kulturland Baden-Württemberg im Herzen Europas weiterentwickeln.

1. Wir sind der Motor für die Kulturkonzeption 2020

Die Kulturkonzeption 2020 gibt Baden-Württemberg eine neue, richtungweisende Grundlage für die Kultur- und Kunstpolitik. Die SPD konnte dabei einen Großteil ihrer Vorstellungen einbringen – was mit Schwarz-Gelb nicht zu realisieren war, werden wir nach der Wahl umsetzen. Wir fordern ein sachlich, zeitlich und finanziell geschlossenes Umsetzungsprogramm für die Kulturkonzeption 2020. Wir wollen so dafür sorgen, dass die Kunst- und Kulturpolitik verlässlich wird.

2. Weltoffen im Herzen Europas

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Wir grenzen an Frankreich und die Schweiz und leben in enger Nachbarschaft zu Österreich. Unser Bundesland ist noch stärker als Deutschland insgesamt wirtschaftlich mit Europa verflochten. Wir in Baden-Württemberg sind dem europäischen Gedanken auch deshalb in besonderer Weise verbunden. Das zeigen nicht zuletzt die zahlreichen und gut gepflegten Städte- und Gemeindepartnerschaften im Südwesten.

Wir wollen die europäische Freundschaft vertiefen und fit für die Zukunft machen. Etwa die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein, Hochrhein und Bodensee. Die dortigen länderübergreifenden Strukturen wollen wir transparenter und effektiver werden lassen.

Auch die so genannte kleine Außenpolitik Baden-Württembergs werden wir neu gestalten. Europa hat sich in den letzten 20 Jahren stark verändert. Deshalb wollen wir die Partnerschaft mit Osteuropa vertiefen. Das regionale Kooperationsmodell „Vier Motoren für Europa“ mit Katalonien, Rhone-Alpes und der Lombardei, das vor fast 20 Jahren als Verbund von vier leistungsstarken Regionen in Europa gegründet wurde, kann dafür als gelungenes Beispiel dienen – sie verdient mehr Unterstützung als die Regierung in den vergangenen 5 Jahren zu geben bereit war.

Wir wollen Europa sozialer machen. Die Europäische Union darf kein Europa der Arbeitsplatzverlagerung und des Wettbewerbs um niedrige Löhne und Sozialdumping sein. Deshalb brauchen wir neben einem wirtschaftlich erfolgreichen auch ein soziales Europa, das die Errungenschaften der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den fortgeschrittenen Ländern der EU erhält und für alle Länder anstrebt. In Europa darf kein Platz sein für Steuer-, Lohn- und Sozialdumping, für die Verlagerung von Arbeitsplätzen in so genannte Billiglohnländer und für die Abschaffung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir brauchen soziale Mindeststandards, faire Löhne, einen guten Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie Mitbestimmung und Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im vereinten Europa. Dafür kämpfen wir. Deshalb haben wir ein Tarifreuegesetz für öffentliche Aufträge in den Landtag eingebracht sowie einen Parlamentsantrag gestellt, um die Landesregierung zu verpflichten, den aktuellen Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Missbrauch der Leiharbeit, im Bundesrat erheblich zu verbessern – für ein gerechtes Baden-Württemberg in einem sozialen Europa.

3. Weltoffen heißt: Global denken, regional handeln

Von der Globalisierung profitiert unser Land Baden-Württemberg besonders. Der weltweite Austausch von Gütern und Dienstleistungen muss jedoch mit den Entwicklungsländern fair gestaltet werden. Dazu gehört die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen, wie bspw. Verbot von Kinderarbeit, Gewerkschaftsfreiheit und faire Löhne. Wir werden bei der öffentlichen Vergabe von Aufträgen Regelungen treffen, die die Einhaltung der sozialen und ökologischen Mindeststandards in den Entwicklungsländern gewährleisten. Dabei werden wir auch die Kompetenz der Entwicklungsorganisationen nutzen, um im Rahmen von Informationskampagnen die Kommunen in Baden-Württemberg zu unterstützen.

Wir werden uns im Rahmen der internationalen Partnerschaften dafür einsetzen, dass die Beziehungen zwischen den Staaten und der Zivilgesellschaft in den Entwicklungsländern intensiviert werden. Dabei geht es sowohl um den kulturellen Austausch, um Bildung und Ausbildung, als auch um die Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse. Wir werden die Arbeit der Entwicklungsorganisationen zur Erreichung der Millenniumsziele unterstützen, insbesondere ihre Bildungsarbeit. So fördern wir globales Denken und regionale Verantwortung in der Einen Welt. Wir werden die Entwicklungspartnerschaft mit Burundi vertiefen.

4. Sport als Teil unserer Alltagskultur stärken

In Baden-Württemberg sind über 3,8 Mio. Menschen in über 11 000 Sportvereinen organisiert. Sportvereine und deren Mitglieder sind damit die mit Abstand größte Bürgerbewegung in Baden-Württemberg. Sportvereine und Sporttreibende haben daher eine herausragende gesellschaftliche, politische, gesundheitliche und wirtschaftliche Bedeutung. Zudem hat der Sport eine starke integrative Kraft, sowohl als Brücke zwischen den Generationen als auch zu Migrantinnen und Migranten.

Die Pflege und Förderung des Sports muss in allen Politikbereichen des Landes stärker als bisher berücksichtigt werden. Die traditionelle Förderung von Übungsleitern, Sportstättenbau und Kooperation Schule-Verein reicht bei weitem nicht aus.

In Baden-Württemberg gibt es keine finanzielle Absicherung der sozialintegrativen Angebote der Sportvereine. Der Landesintegrationsplan enthält wohl den Bereich des Sports und seiner Organisationen. Die dringend notwendige finanzielle Förderung dafür erfolgt nicht: Das wollen wir ändern.

Die Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern im Fach Sport muss forciert werden. Regelmäßige Sportangebote verbessern nachweislich die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit und fördern die soziale und gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ganzheitlich und langfristig. Deshalb müssen die Angebote der Sportvereine ein wesentlicher Bestandteil für Kindergärten, Kindertagesstätten, Ganztageschulen und Ganztagesbetreuung in Baden-Württemberg werden. Dabei müssen die Kooperationen zwischen Sportvereinen, Kindergärten, Ganztageschulen und Ganztagesbetreuung finanziell unterstützt werden.

Sportvereine und -verbände bieten die Grundlage für Leistungs- und Spitzensport. Die Erwartungen in Baden-Württemberg an sportliche Erfolge sind groß. Die Spitzensportler sind Repräsentanten des Landes. Doch genau die Förderung des Spitzensports in Baden-Württemberg ist mangelhaft. Es gibt keine Chancengleichheit zwischen den hiesigen Spitzensportlern und den in anderen Bundesländern. Dies liegt zum einen an der mangelnden Unterstützung des Spitzensports durch die Landesregierung, zum anderen an der starken Zurückhaltung der Unternehmen in Baden-Württemberg im Hinblick auf Spitzensportförderung. Das Bekenntnis zum Spitzensport ist ein gesellschaftlich relevantes Thema und daher auch mit Pflichten verbunden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die sexuelle Identität im Sport geschützt wird.

„Wir können KIND. Und KARRIERE.“



Beruf und Familie, nicht oder.
Mit besserer, sogar kostenloser Betreuung.
Und viel mehr Spielraum für junge Eltern.

www.WarumSPD.de/Familie



IX. Für ein demokratisches Baden-Württemberg – Das modernste Land braucht die modernste Demokratie

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht hat mitzureden und mitzuentcheiden, wenn es darum geht, wie wir unsere Zukunft gestalten wollen. Und das nicht nur alle fünf Jahre. Wählen und Zusehen reicht den Menschen in Baden-Württemberg schon lange nicht mehr aus. Sie sind längst viel weiter als ihre Regierung – sie wissen, dass Demokratie kein Zuschauersport ist. Die Menschen hier im Land sind – quer durch alle politischen Lager – für mehr direkte Demokratie. Sie wollen sich unmittelbar und konkret politisch äußern und betätigen. Nicht um die repräsentative Demokratie zu ersetzen, sondern um sie zu stärken und zu bereichern. Doch in Baden-Württemberg sind die rechtlichen und bürokratischen Anforderungen zu hoch. Das werden wir ändern.

1. Im Dialog regieren

Mit Nils Schmid als Ministerpräsidenten werden wir einen neuen politischen Stil in Baden-Württemberg verwirklichen. Die 100-Dialoge-Tour hat uns gezeigt, dass die Menschen vor Ort am besten wissen, welche Lösung für sie die richtige ist. Wir werden auch in der Regierungsverantwortung den Dialog mit den Menschen im Land fortsetzen. An diesem Anspruch werden wir uns messen lassen.

Die Menschen wollen selbst darüber diskutieren und entscheiden, wie sie in Zukunft leben wollen. Nils Schmid wird als Ministerpräsident gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern an den richtigen Antworten auf die wichtigsten Herausforderungen arbeiten. Dazu werden wir die Menschen im Land zu Zukunftskonventen einladen, auf denen der Ministerpräsident mit den Bürgerinnen und Bürgern über grundlegende Zukunftsfragen unseres Landes diskutieren wird.

2. Mehr direkte Demokratie wagen

Baden-Württemberg ist stolz auf seine Weltmarktführer. Doch in Sachen direkter Demokratie steht unser Land im nationalen Vergleich am Tabellenende. Wir sind uns mit den Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg einig: Das modernste Land braucht auch die modernste Demokratie. Wir werden dafür sorgen, dass Baden-Württemberg zum Musterland direkter Demokratie wird. Volksinitiative, Volksbegehren und Volksabstimmung werden künftig ganz selbstverständlich zur demokratischen Kultur in Baden-Württemberg gehören. Wir werden dafür die Hürden für Volksbegehren und Volksabstimmungen auf ein realistisches Niveau senken. So werden wir die Zahl der notwendigen Unterschriften von 16,6 auf 5 Prozent der Stimmberechtigten reduzieren, die Eintragsfrist von zwei Wochen auf sechs Monate verlängern und dafür sorgen, dass die Unterschriften auch frei, also etwa auf der Straße gesammelt werden können. Zudem werden wir den „Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens“ zu einer Volksinitiative aufwerten, sodass 10 000 Unterschriften in Zukunft ausreichen, um den Landtag mit einem Gegenstand der politischen Willensbildung zu befassen.

Wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger ernst. Ohne Entbürokratisierung wird es direkte Demokratie in Baden-Württemberg auch künftig nur auf dem Papier geben. Neben dem Volksbegehren werden wir auch den Weg zu Volksabstimmungen über zentrale politische Weichenstellungen öffnen. Auch sie sollen attraktiver, einfacher und bürgerfreundlicher gemacht werden. Wir werden das bisherige Quorum bei der Abstimmung über einfache Gesetze abschaffen. Entscheiden wird zukünftig die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Dadurch wird das Verfahren beschleunigt, Abstimmungsboykotte werden verhindert.

Bei verfassungsändernden Gesetzen soll ebenfalls die einfache Mehrheit ausreichen, wenn diese zugleich auch ein Viertel der Stimmberechtigten umfasst.

Um tatsächlich direkte Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene zu ermöglichen, müssen die in Baden-Württemberg bestehenden Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Städten und Gemeinden deutlich gesenkt werden. Künftig soll je nach Gemeindegröße für ein Bürgerbegehren Unterschriften von 3 Prozent bis 10 Prozent der Gemeindegliederinnen und -glieder genügen. Bei einem Bürgerentscheid soll das Quorum bei mindestens 20 Prozent in Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern, bei mindestens 15 Prozent in Gemeinden bis zu 100 000 Einwohnern und bei mindestens 10 Prozent der Stimmberechtigten in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern liegen. Auf kommunaler Ebene gilt es, partizipative Möglichkeiten bürgerschaftlicher Einflussnahme bereits im laufenden Prozess, gerade von großen Bauvorhaben, zu schaffen.

Wir wollen mehr Demokratie machen und den Menschen in Baden-Württemberg mehr Möglichkeiten geben, sich zwischen den Wahlen zu beteiligen. Dazu wollen wir auch das älteste Bürgerbeteiligungsrecht, das Petitionsrecht, weiterentwickeln und zum modernsten Landespetitionsrecht in Deutschland machen.

Wir wollen neben den klassischen Petitionsformen auch Online-Petitionen einführen. Dies ist der erste Schritt zur Öffentlichen Petition, die wir ebenfalls einrichten werden. Die öffentliche Petition kann von jeder Bürgerin und jedem Bürger unterstützt werden. Ab einer definierten Unterstützerzahl wird der Landtag diese Petition nicht nur im Petitionsausschuss, sondern auch in einer öffentlichen Anhörung mit dem Petenten beraten.

Online-Petitionen, Öffentliche Petitionen und Petentenanhörungen zeigen, wo den Bürgerinnen und Bürgern der Schuh drückt und lassen ein einzelnes Bürgeranliegen auf dem direkten Weg in Politik münden. Petitionen sind aufgrund ihrer geringen Formvorschriften ein einfach nutzbares Instrument der direkten Demokratiebeteiligung.

3. Stuttgart 21 – Die Menschen sollen entscheiden

Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 spaltet unser Land. Wir wollen diese Spaltung überwinden. Dazu schlagen wir vor, eine verbindliche landesweite Volksabstimmung über die Landesbeteiligung zu Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Stuttgart–Ulm durchzuführen. Schwarz-Gelb hat sich diesem Weg der Vernunft und Versöhnung verweigert und stattdessen versucht, das Projekt durchzuknüppeln. Doch Wasserwerfer und Schlagstöcke ersetzen keine Argumente. Am 30. September 2010 hat sich im Stuttgarter Schlosspark offenbart, wie tief der Graben zwischen Volk und Regierung in Baden-Württemberg heute ist. Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs nach der Landtagswahl 2011 neues Vertrauen in unsere Demokratie geben und sie über die Fortführung oder den Ausstieg aus Stuttgart 21 entscheiden lassen.

Die SPD Baden-Württemberg hat seit Jahren eine – intensiv diskutierte – Beschlusslage für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm. In unserer Partei gibt es unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema – als Volkspartei spiegeln wir auch in dieser Frage die Gesellschaft wider. Gerade deshalb kommt uns die Aufgabe zu, Brücken zu bauen. Denn kein Bauvorhaben, kein Infrastrukturprojekt ist es wert, dass unsere Gesellschaft ihren inneren Zusammenhalt verliert. Damit dies gelingt, müssen alle Argumente für und wider sowie die Kosten

offen gelegt werden. Die Schlichtungsgespräche waren ein wichtiger erster Schritt. Ohne eine landesweite Volksabstimmung bleibt der Grundkonflikt jedoch ungelöst.

Für uns ist klar: Das Votum der Bürgerinnen und Bürger ist bindend. Wir als Partei, aber auch Gegnerinnen und Gegner wie Befürworterinnen und Befürworter im ganzen Land werden dies respektieren. Bis zur Durchführung eines Volksentscheids und der Vorlage sämtlicher Ergebnisse des Stresstests sehen wir in einem Baustopp und einer Aussetzung der Vergabe durch die Deutsche Bahn die logische Konsequenz.

Wir haben dazugelernt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen in den entscheidenden Phasen an der Planung von Großprojekten teilhaben. In einer SPD-geführten Landesregierung werden wir Baden-Württemberg zum Vorreiter bürgernahe Planung und neuer Beteiligungswege machen.

4. Politik gemeinsam gestalten

Den Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg gehört die Zukunft. Sie sollen früher mitentscheiden können. Deshalb wollen wir das Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunal- und Landtagswahlen einführen und die Stellung von Jugendgemeinderäten in der Gemeindeordnung stärker verankern.

Wir wollen Politik gemeinsam gestalten. Menschen mit Migrationshintergrund dürfen nicht länger nur im Mittelpunkt von Debatten stehen, sie sollen endlich auch politisch partizipieren und vor Ort mitentscheiden können. Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, dass künftig neben Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern auch Menschen, die nicht aus EU-Ländern kommen, aber seit mehr als drei Jahren in Deutschland le-

ben, das kommunale Wahlrecht erhalten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Partizipation der „neuen Inländerinnen und Inländer“ weiterhin stärken durch eine Initiative für erleichterte Einbürgerung und Zugang zu einer doppelten Staatsangehörigkeit.

5. Digitale Teilhabe und Selbstbestimmung sichern

Wir leben in der digitalen Gesellschaft. Diese Entwicklung bietet große Chancen für unsere Demokratie. Wir wollen diese Chancen ergreifen und Baden-Württemberg fit machen für das digitale Zeitalter. Wir setzen uns dafür ein, dass wirklich alle Bürgerinnen und Bürger die neuen Möglichkeiten auch nutzen können. Für uns steht fest: Wir wollen die Spaltung unserer Gesellschaft auch in der digitalen Welt überwinden.

Netzneutralität ist der Schlüssel, um ein freies und offenes Internet sicherzustellen. Nur ohne staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe bleibt es ein Raum des freien Dialogs. Wir werden uns in einer SPD-geführten Landesregierung dafür einsetzen, die Netzneutralität in Europa zu sichern und zu stärken.

Die „digitale Kluft“ zwischen dem ländlichen und dem städtischen Raum muss durch einen flächendeckenden Hochgeschwindigkeitszugang zu Festnetzen und mobilen Breitbandnetzen geschlossen werden. Das EU-Beihilfenrecht muss den Mitgliedstaaten und den Gebietskörperschaften eine entsprechende finanzielle Förderung konsequent erlauben. Dafür werden wir uns einsetzen.

Nur wer sich in der digitalen Welt zurecht findet, kann Risiken einschätzen, Schaden abwenden und sich im Netz frei und sicher bewegen. Wir werden Internetkompetenz zum allgegenwärtigen Bestandteil der Bildungspläne machen.

6. Jugendschutz im Internet

Internet ist kein Rundfunk. „Sendezeiten“ oder andere „Insellösungen“ können in einem weltweiten Kommunikationsnetz nicht funktionieren, daher fordern wir unabhängige Regelungen fürs Internet. Effektiver Jugendschutz im Internet besteht für uns vor allem aus Aufklärung von Eltern und Lehrkräften, nicht im Blockieren von Internetseiten. Dennoch sehen wir elternbegleitete Jugendschutzprogramme für Vorschulkinder als ein mögliches Mittel an.

Wir werden die Landesmedienanstalt LFK beauftragen, ein „Gütesiegel Internet Baden-Württemberg“ zu entwickeln. Dieses Siegel soll auf der Grundlage des bestehenden Kinder- und Jugendschutzes nur an solche Unternehmen vergeben werden, die sicherstellen können, dass ihre Positivlisten-Software („white list“) praktikabel, sicher und nachhaltig ist. Außerdem werden wir Fördermöglichkeiten für Angebote schaffen, die sich speziell an Kinder richten, an denen vor allem Eltern und Pädagogen mitwirken können („Crowdsourcing“ bzw. „Schwarmauslagerung“).

In der Schule muss gezielt Medienkompetenz vermittelt werden. Dazu gehören die medienpädagogische Weiterqualifizierung von Lehrkräften und die Verankerung im Lehrplan. Medienkompetenz ist ein Querschnittsthema, das alle Schulfächer betrifft. Des Weiteren gehört für uns zur Medienkompetenz auch die Vermittlung von Datenschutz, vor allem in sozialen Netzwerken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Daten von Kindern und Jugendlichen besser geschützt werden und sie über ihre Möglichkeiten im Rahmen von Schule und Informationskampagnen aufklären.

7. Medienpolitik für die Demokratie

Demokratie braucht starke und unabhängige Medien. Eine erfolgreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Existenz ist ohne grundlegende Mediennutzungskompetenz nicht mehr möglich. Daher müssen bereits Kinder an die modernen Medien herangeführt werden, um frühzeitig diese für das spätere Berufs- sowie Privatleben unverzichtbare Kernkompetenz zu erlernen. Wir werden Medienbildung in unserem Land dauerhaft und verlässlich fördern und für eine medienpädagogische Grundbildung sowie die ständige Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte auf allen Ebenen sorgen.

Wir stehen für den Erhalt und die Fortentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er hat auch künftig im dualen System der elektronischen Kommunikation die in einer Demokratie unerlässliche mediale Grundversorgung der Bevölkerung zu garantieren. Um auf der Höhe der Zeit zu bleiben, ist der Programmauftrag dynamisch auszulegen. Das Angebot muss offen für neue Publikumsinteressen, Inhalte, Formen und Techniken sein.

Die öffentlich-rechtlichen Angebote müssen zeitlich unbegrenzt, kostenlos und auf aktuellem Stand der Technik im Internet bereitgestellt werden dürfen.

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss auch für die Zukunft gewährleistet sein. Die SPD unterstützt die Reform der Rundfunkgebührenfinanzierung.

Aufruf: Ein neuer Politikstil für Baden-Württemberg

Bei der Landtagswahl am 27. März 2011 steht für die Menschen in Baden-Württemberg viel auf dem Spiel. Sie können sich zwischen zwei grundlegend unterschiedlichen Wegen für unser Land entscheiden.

Bleibt alles beim Alten, wird die Regierung Mappus 60 Jahre CDU-Herrschaft in Baden-Württemberg fortsetzen, weiter über die Köpfe der Menschen hinweg regieren und die Gräben vertiefen, die unser Land heute durchziehen.

Oder unser Land wagt mit einem Ministerpräsidenten Nils Schmid einen Neuanfang, um die tiefe innere Spaltung zu überwinden und gemeinsam den Grundstein für eine neue politische Kultur im Land zu legen.

Nur mit einer sozialdemokratisch geführten Regierung wird unser Land mehr direkte Demokratie wagen.

Nur mit einem Ministerpräsidenten Nils Schmid wird auch in Baden-Württemberg die Herkunft nicht länger das Schicksal bestimmen und Aufstieg durch Bildung vom Traum zur Realität.

Nur die Sozialdemokratie kämpft entschlossen für sichere Arbeitsplätze, von denen die Menschen auch gut leben können.

Nur wenn Schwarz-Gelb abgewählt wird, können wir verhindern, dass die Solidarität weiter abgeschafft wird und der Zugang zu Gesundheitsversorgung vom Geldbeutel abhängt.

Diese Entscheidung liegt am 27. März in den Händen der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Sie wird wegweisend sein für den Südwesten, aber auch für ganz Deutschland.

Die Zeit des Wechsels ist gekommen.

Für einen neuen politischen Stil, der Menschen überzeugt und nicht überwältigt! Für eine Politik, die versöhnt statt zu spalten!

Wir bitten um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

Impressum

SPD-Landesverband
Baden-Württemberg
Postfach 10 42 63
70037 Stuttgart
T 0711 – 619 36-76
F 0711 – 619 36-83
landtagswahl-bw@spd.de
www.WarumSPD.de

Verantwortlich:
Marten Jennerjahn

Gestaltung:
Dorten GmbH, Stuttgart

Lektorat:
Cornelius Ludwig, Berlin

Druck:
Engelhardt & Bauer

„Unser Regierungsprogramm ist ein echtes Bürgerprogramm“

**3 Monate, 70 Wahlkreise,
127 Dialoge, über 3 000
TeilnehmerInnen – das war
die 100-Dialoge-Tour.**

Die SPD Baden-Württemberg hat ihr Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2011 im direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, Organisationen, Firmen und Verbänden im Land gestaltet. Es ging ihr darum, ins Gespräch zu kommen, ihre Vorstellungen darzustellen, vor allem aber auch zuzuhören. Deshalb organisierte die SPD Baden-Württemberg von September 2010 bis Januar 2011 die „100-Dialoge-Tour“. 127 Veranstaltungen fanden in diesem Zeitraum statt, verteilt auf alle 70 Landtagswahlkreise. Elf verschiedene Themenfelder – von Bildung über Energie bis hin zu Wirtschaft – wurden auf diese Weise bearbeitet. Die Ergebnisse aus den Gesprächen und Diskussionen mündeten in dieses Regierungsprogramm. SPD-Spitzenkandidat Dr. Nils Schmid gab bei der Auftaktveranstaltung am 20. September in Stuttgart-Heslach die Richtung der gesamten Dialog-Tour vor: „Diese ‚100-Dialoge-Tour‘ ist für mich ganz wichtig. Sie definiert unseren neuen Politik-Stil. Wir werden auf die Bürgerinnen

und Bürger hören, anstatt über ihre Köpfe hinweg zu regieren.“

Im Rahmen der „100-Dialoge-Tour“ haben sich die SPD-Kandidatinnen und Kandidaten für die anstehende Landtagswahl auf unterschiedlichsten Veranstaltungen im ganzen Land mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Expertinnen und Experten zu verschiedenen Themen ausgetauscht, um die zukünftige Politik im Gespräch mit den Menschen in Baden-Württemberg zu entwickeln. „Wir wollen unsere Politik im Dialog mit den Betroffenen und Beteiligten gestalten“, sagte Generalsekretär Peter Friedrich dazu.

Die SPD hat den echten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gesucht und gefunden. Sie hat gezeigt, dass sie interessiert, was Baden-Württemberg denkt. Und sie hat im Dialog viele wichtige Impulse gewonnen, die sie in dieses Regierungsprogramm eingearbeitet hat. Keine andere Partei hat je einen derart offenen Prozess zur Findung ihres Wahlprogramms initiiert. Nicht ohne Stolz kann die SPD daher auch von einem echten „Bürgerprogramm“ sprechen, das sie gemeinsam mit den über 3 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern quer durch Baden-Württemberg entwickelt hat.